

KREFELDER WAHLPRÜFSTEINE



Oberbürgermeister-Wahl 2015
das Sozialbündnis fragt
die Kandidaten antworten



Impressum

Herausgeber: ©Sozialbündnis Krefeld, im August 2015

Redaktion:

Jo Greyn, Ulrich Knur, Brigitte Laase, Manfred Göbel, Carmen Pelmtner, Peter Sokoll

Layout und DTP: Günter Bügge

Titelblatt und Zeichnungen: Jari Banas ,Web: info@jaricomix.de)

v.i.S.d.P. Ulrich Knur, Sozialbündnis Krefeld, c/o Ulrich Knur, Raderfeld 100, 47807 Krefeld

Tel. 02151/300014


Web: www.sozialbuendnis-krefeld.de

Mail: kontakt@sozialbuendnis-krefeld.de



Inhalt

→ Fragen zum Thema Arbeit	Seite 4
→ Fragen zum Thema Stadtentwicklung	Seite 23
→ Fragen zum Thema Flüchtlinge	Seite 30
→ Fragen zum Thema Wohnen	Seite 33
→ Fragen zum Thema Soziales	Seite 43
→ Fragen zum Thema Soziales	Seite 47



Das Sozialbündnis Krefeld trifft sich an jedem ersten Mittwoch im Monat um 18:30 Uhr im Ökumenischen Arbeitslosenzentrum Krefeld/Meerbusch, Westwall 32-34, 47798 Krefeld

Spenden an das Sozialbündnis auf das Konto

Ulrich Knur, Volksbank Krefeld

IBAN DE41 3206 0362 2171 1390 18 BIC GENODED1HTK

Verwendungszweck: Sozialbündnis

1.Auflage

Die „Krefelder Wahlprüfsteine“ finden Sie auch im Internet auf der Sozialbündnis-Homepage unter

www.sozialbuendnis-krefeld.de

© Die Bilder wurden uns von den einzelnen Kandidaten zur Verfügung gestellt.

Foto Vermeulen, Emil Zander



Liebe Krefelderinnen und Krefelder,

am 13. September 2015 wird eine neue Oberbürgermeisterin bzw. ein neuer Oberbürgermeister für die Stadt Krefeld gewählt. Gregor Kathstede für die Stadt Krefeld gewählt. Gregor Kathstede, der bisherige Amtsinhaber, stellt sich nicht mehr zur Wahl. Das Amt des Bürgermeisters beinhaltet die Verantwortung für sämtliche Entscheidungen der Verwaltung. Im Zusammenspiel mit dem Rat der Stadt werden so für die Stadt Krefeld entscheidende Beschlüsse gefasst, die wir Bürger der Stadt Krefeld mittragen oder auch nicht.

Es lohnt sich also, vor der Wahl zu fragen, was von den einzelnen Kandidaten zu erwarten ist. Viele Gruppen und Organisationen haben die Kandidaten zu ihren Themen befragt. Die Themen des Sozialbündnisses Krefeld sind in unserer „Plattform“ umrissen (siehe Heft). Wir fragen nun nach, was die Kandidaten für die soziale Entwicklung Krefelds planen.

Dazu haben wir den Kandidaten sogenannte „Wahlprüfsteine“ vorgelegt. So können die relevanten Themen intensiv behandelt werden, und gleichzeitig kann später deren Umsetzung überprüft werden.

Von einer Arbeitsgruppe des Sozialbündnisses wurden 33 Fragen zu den Bereichen Arbeit, Stadtentwicklung, Flüchtlinge, Wohnen, Soziales und Energiearmut entwickelt, die auch die Tätigkeitsfelder unserer Bündnispartner/Innen widerspiegeln. Die Antworten der Kandidaten erfolgen in alphabetischer Reihenfolge.

Wer sich letztlich zur Wahl stellen wird, stand bis zur Erstellung dieser Broschüre nicht fest. Daher haben wir uns auf die Kandidatin/Kandidaten der im Rat vertretenen Parteien beschränkt:

Alle Befragten haben unsere Fragen beantwortet. Dass dies trotz der sicherlich hohen Wahlkampfbelastung rechtzeitig und ausführlich geschehen ist, verdient unseren besonderen Dank.

Eine Bewertung der Antworten überlassen wir den Leser/innen. Das Sozialbündnis hat in den letzten Jahren seine Position zu vielen Themen, z.B.



Thorsten Hansen,
Bündnis90/Die Grünen



Michael Heepen,
Die PARTEI



Sandra Leurs,
Piraten



Frank Meyer,
SPD



Peter Vermeulen,
CDU

© Foto Emil Zander

gegen PPP, gegen TTIP, für einen besseren Umgang mit Hartz IV Empfängern usw., immer wieder deutlich gemacht und die Fragen entsprechend formuliert.

Bei dieser Gelegenheit lohnt es sich, noch einmal die Broschüre „Chronik der Krefelder Skandale“ zur Hand zu nehmen, die das Sozialbündnis Krefeld im vergangenen Jahr herausgegeben hat. Dort wird eine Reihe von „Skandalen“ beschrieben, die wir so in der zukünftigen Krefelder Lokalpolitik nicht mehr erleben möchten. Daher unser Appell:

Informieren Sie sich und gehen Sie am 13. September zur Wahl. Überlassen Sie diese wichtige Entscheidung über die Zukunft Krefelds nicht anderen.

Krefeld, im August 2015
Gemeinsam und solidarisch
für ein sozialeres Krefeld!

deln. Das schafft Arbeit.

Für diejenigen Menschen, die schon länger arbeitslos sind brauchen wir eine bessere Förderung. Die Stadt muss in Abstimmung mit der Bundesanstalt für Arbeit ihren Beitrag dazu leisten.



Antwort von Peter Vermeulen:

Niemand hat hier ein Patentrezept zu bieten, zumal bei vielen Langzeitarbeitslosen mit der Zeit Vermittlungshindernisse vorliegen. Hilfreich sind gleichwohl ein flexibler Arbeitsmarkt, eine wachsende Zahl von Arbeitsplätzen und die aktive Arbeitsförderung durch die Verwaltung und private Initiativen. Befristete Beschäftigungsverhältnisse und Leiharbeit können helfen, Langzeitarbeitslosen einen Wiedereinstieg ins Berufsleben zu ermöglichen. Mit Blick auf die Entstehung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten setze ich auf eine offene Genehmigungspraxis durch die Kommunalverwaltung, auf eine bestmögliche Kommunikation mit Bestandsunternehmen und eine Willkommenskultur gegenüber neuen Investoren. Instrumente wie der Beschäftigungszuschuss sind geeignet, Arbeitgeber zur Einstellung von Langzeitarbeitslosen zu ermutigen. Darüber hinaus liegt der DGB in Krefeld richtig, wenn er fordert, Menschen, die nach längerer Arbeitslosigkeit in die Berufswelt zurückkehren, auch nach ihrer Tätigkeitsaufnahme aktiv zu begleiten.



CDU

Hintergrund

Etwa 1350 – 1400 industrielle Arbeitsplätze sind in den letzten Jahren in Krefeld abgebaut worden.

Im Einzelnen:

→ 643 im verarbeitenden Gewerbe

→ 50 in der Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln und sowie Getränken

→ 415 in der Metallerzeugung und -bearbeitung sowie Herst. von Metallzeugnissen

→ 222 im Maschinen- und Fahrzeugbau sowie

→ 35 im Hoch- und Tiefbau.

Was wollen Sie tun, um einem weiteren Abbau von Arbeitsplätzen entgegenzuwirken?



Antwort von Thorsten Hansen:

Bei Neuansiedlungen sollte ein ganz wichtiges Kriterium die Anzahl der neuen Arbeitsplätze sein. Insbesondere Industrie- und Dienstleistungsunternehmen sind mitarbeiterintensiv. Deshalb dürfen wir nicht nur auf Logistikunternehmen setzen, sondern einen breiten Mix aus Industrie-, Dienstleistungs- und Logistik-



unternehmen sicherstellen, der auch die Krisenanfälligkeit reduziert. Neben Neuansiedlungen ist die Bestandspflege ein ganz wichtiges Thema. Bei einer zunehmenden internationalen Eigentümerstruktur (z.B. Outokumpu, Huntsman etc.) ist es wichtig, auf Augenhöhe mit den Eigentümern Krefelder Unternehmen zu kommunizieren. Mit meiner internationalen Managementenerfahrung kann ich dies sicherstellen. Wir müssen die Attraktivität des Standortes Krefeld z.B. für die Chemieindustrie herausstellen. Die Kooperation zwischen den Unternehmen, mit der Hochschule und den Schulen, den sehr gut ausgebildeten Mitarbeitern: Das alles sind enorm wichtige Standortvorteile, die wir offensiv präsentieren müssen.

Natürlich muss dabei auch die Verwaltung selbst ihren Beitrag leisten und die Voraussetzungen dafür schaffen, dass berechnete Interessen der Unternehmen berücksichtigt werden können. Dazu gehört z.B. die Erwartung, dass unternehmensrelevante Behördengänge umfassend und zur Gänze elektronisch vollzogen werden können. Für Unternehmen soll es ein ‚One-Stop-Shopping‘ geben, d.h.: Eine Person ist der Hauptansprechpartner für das Unternehmen und bindet die unterschiedlichen Funktionen innerhalb der Verwaltung ein. Diesen Service sollten wir so schnell wie möglich anbieten, da er inzwischen als nicht unwesentlicher Standortfaktor zu betrachten ist.

Krefeld ist ein hervorragender Hochschulstandort und ich möchte in Krefeld eine lebendige Gründerszene etablieren. Dazu gehören für mich ein Gründerzentrum, Co-Working-Spaces inklusive freiem W-LAN, Mentoring-Programme und Veranstaltungen mit Venture Capitalist (ein Investor, der Wagniskapital investiert). Es gibt einige Hot-Spots für Start Ups in Deutschland wie Berlin oder Hamburg. Krefeld soll zum Hot-Spot in NRW werden und kreative und innovative junge Menschen nach Krefeld holen.



Antwort von Michael Heepen:

Die Ansiedlung dieser Billiglöhner halte ich nicht für einen guten und gangbaren Weg. Wer Vollzeit (also etwa 40Std die Woche) arbeiten geht, der MUSS von seinem Verdienst auch vernünftig Leben können.

Ich bezweifle ganz stark, dass die Logistikfirmen das bieten können oder wollen. Zudem wird in diesen Betrieben zu großen Teilen auf Zeit- oder Leiharbeit gesetzt.

Ein solches Geschäftsmodell lehne ich ab.

Wer die Arbeitskraft eines Menschen nutzt, der soll ihn oder sie gefälligst auch einstellen und entsprechend bezahlen. Direkt. Ohne, dass dritte an der Weitergabe von Telefonnummern mitverdienen.



Die PARTEI



Antwort von Sandra Leurs:

Letzte Woche haben wir einen Termin bei der Rheinhafengesellschaft Krefeld gehabt, dort siedeln nicht nur Logistikbetriebe neu an, sondern auch verarbeitende Betriebe, zum Beispiel zum Recycling von Metallen. Auch das Containerterminal ist im Aufwind, o.k. das ist nun Logistik, bringt aber auch Arbeitsplätze. Jegliche Förderung der Arbeitsplatzbeschaffung wird von mir unterstützt.

Die Arbeitsplätze im gesundheitlichen/pflegerischen Bereich haben ein besonderes Augenmerk nötig. Dort werden hoffentlich in Zukunft mehr Arbeitsplätze entstehen.

Notwendig wären sie schon lange!



Antwort von Frank Meyer:

Krefeld hat in den letzten Jahren gerade industrielle Arbeitsplätze verloren. Als Oberbürgermeister werde ich mich klar zum Industriestandort Krefeld bekennen und für gute Bedingungen für die Industrie und ihre Beschäftigten vor Ort eintreten, wie ich dies schon seit Jahren tue.

Trotzdem wird man nicht jeden Arbeitsplatzverlust verhindern können. Eben deshalb braucht es, wie schon gesagt, neue Gewerbeflächen, auf denen Krefelder Unternehmen wachsen und neue Unternehmen sich ansiedeln können.



Antwort von Peter Vermeulen:

Die Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse in Krefeld ist in den letzten sieben Jahren um rund drei Prozent gestiegen. Der Rückgang bei den Industriearbeitsplätzen wird durch mehr Stellen im Dienstleistungssektor kompensiert, allerdings weiß ich, dass damit das Verdienstniveau sinkt. Noch immer zahlt die Industrie die höchsten Löhne und Gehälter. Unser Ziel muss deshalb darin liegen, in allen Sektoren und Branchen Tätigkeiten anbieten zu können. Potentielle Investoren, gerade aus der Industrie, müssen in Krefeld auf aktive Aufnahme durch Politik und Verwaltung stoßen.

Hintergrund

in Krefeld werden vermehrt Logistikfirmen und Handelszentren angesiedelt, die zum einen einen hohen Flächenverbrauch aufweisen und zum anderen wenige neue qualifizierte Arbeitsplätze schaffen. Dem gegenüber steht die Klage von IHK und dem Mittelstand (bekanntlich der Jobmotor), dass zu wenig Flächen in Krefeld zur Gewerbeentwicklung und –ansiedlung zur Verfügung stehen..

Inwieweit wollen Sie Einfluss nehmen auf die Qualität der Arbeitsplätze bei der Unternehmensansiedlung?



Antwort von Thorsten Hansen:

Als Grünem stehen für mich bei der Ansiedlung neuer Unternehmen folgende Kriterien im Mittelpunkt: möglichst viele sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze, Angebote für Fachkräfte, Nachhaltigkeit und Perspektive eines Unternehmens. Durch die von der Kommune zu schaffenden günstigen Rahmenbedingungen und den Verkauf eigener Gewerbeflächen hat sie die Möglichkeit, Einfluss auf Ansiedlung und Entwicklung der Unternehmen in einer Stadt zu nehmen. Diesen Einfluss möchte ich als Oberbürgermeister nutzen und mehr Bewusstsein für die Notwendigkeit von qualitativen und arbeitnehmerfreundlichen Arbeitsplätzen schaffen. Den von der IHK beklagten vermeintlichen Mangel an Gewerbeflächen sehe ich nicht. Aus meiner Sicht sind die im Regionalplan ausgewiesenen Flächen ausreichend.



Antwort von Michael Heepen:

Bezahlbare Werkstatt- und Lagerräume. Weniger Logistikzentren. Lieber mehr Schlachthöfe und Brauereien.

Antwort von Sandra Leurs:

Ich werde darauf achten, dass in allen Betrieben, egal aus welchem Wirtschaftszweig, die Arbeitsschutzrechte und die tariflich ausgehandelten Bedingungen eingehalten werden. Und selbstredend, auch der Mindestlohn gezahlt wird. Ein Augenmerk werde ich auf die Arbeitgeber legen, die sich hier und da Lücken zur Umgehung suchen.



Antwort von Frank Meyer:

Die Stadt muss sich selber stärker in der Vermarktung der Gewerbeflächen engagieren. Nur so kann man Einfluss auf Ansiedlungen nehmen und Prioritäten setzen. Z.B. kann man so Unternehmen bevorzugen, die Arbeitsplätze schaffen und vor Ort Steuern zahlen. Besonders wichtig ist dabei die Förderung kleinerer Unternehmen, gerade im Handwerk, die ebenfalls für sich geeignete Entwicklungsflächen benötigen.



Antwort von Peter Vermeulen:

Seit 2009 sind in Krefeld mehr als 600.000 Quadratmeter Gewerbeflächen verkauft worden. Darüber hinaus revitalisiert die Wirtschaftsförderung erfolgreich brachliegende Flächen. Diese werden Großunternehmen, aber auch mittelständischen Betrieben zur Verfügung gestellt. Nach meiner Überzeugung benötigen wir in Krefeld sicherlich eine bessere Steuerung und einen



BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN



Die PARTEI



PIRATEN
PARTEI



SPD



CDU

direkteren Einfluss auf diese Verkaufsaktivitäten. Wir brauchen einen breiten Mix an Branchen und Tätigkeitsfeldern, um Menschen mit unterschiedlichen Qualifikationen und Interessensschwerpunkten eine Arbeitsaufnahme zu ermöglichen.

4

Hintergrund

In den Nachbargemeinden Willich und Meerbusch wurden erfolgreich neue Betriebe angesiedelt. Im Gewerbegebiet Fichtenhain sind solche Erfolge in dem Maße noch nicht erkennbar.

Wie wollen Sie Gewerbegebiete weiterentwickeln?



Antwort von Thorsten Hansen:



Um Natur, Wohnen und wirtschaftliche Entwicklung in Einklang bringen zu können, braucht Krefeld ein effizientes Flächenmanagement, eine effektive Nutzung von Brachflächen und ausgewiesenen Industrieflächen, die Einbindung der Anwohner, sparsamen Flächenverbrauch, optimale Flächenausnutzung, Vorrang für behutsame Innenentwicklung, Standortsicherung von Gewerbe und Industrie in Gemengelage. Aus meiner Sicht hat Krefeld hier Nachholbedarf. Es werden ein strategisches Flächenmanagement und der Aufbau eines Flächenkatasters benötigt. Generell bin ich für eine stärkere Zusammenarbeit mit benachbarten Kommunen, um Kosten zu sparen, Ressourcen zu schonen und Synergieeffekte zu erzielen. Die positive Entwicklung der Metropole Düsseldorf strahlt auch auf das Umland aus und durch die A44-Rheinquerung haben die Gewerbegebiete in Krefeld, Meerbusch und Willich auch an Attraktivität gewonnen. Das geplante interkommunale Gewerbegebiet südlich der A44 kann aber nur unter Berücksichtigung und Schutz der ausgewiesenen Natur- und Landschaftsschutzgebiete und Einbindung der Anwohner realisiert werden. Des Weiteren ist darauf zu achten, dass sich nicht überwiegend Logistikunternehmen ansiedeln, die sich durch großen Flächenverbrauch bei einer geringen Mitarbeiteranzahl und niedrigen Löhnen auszeichnen.



Antwort von Michael Heepen:



Das Pionierhaus finde ich toll. Ein wunderbarer Ansatz. Jedoch nicht nur für „kreative“ und „hippe“ Gewerbe. Ein „Handwerkszentrum“ nach diesem Vorbild fänd ich echt klasse.



Antwort von Sandra Leurs:



Das ist auf jeden Fall ein guter Anfang. Wir werden sehen, ob und wie sich das entwickelt und welche Strahlwirkung es in die Umgebung bekommen wird. Weitere ähnliche Projekte wären denkbar.



Eine Zusammenarbeit mit der Hochschule Niederrhein sollte dabei angestrebt werden.



⏪ ——— ——— ——— ——— Antwort von Frank Meyer:

Zuerst müssen wir Gewerbeflächen, die bereits vorhanden sind, erschließen. Dazu braucht die Wirtschaftsförderung Investitionsmittel. Ich werde ein solches Investitionsprogramm auf den Weg bringen. In einem zweiten Schritt müssen neue Gewerbe-flächen schnell geplant und dann umgesetzt werden. Dies ist in Uerdingen derzeit in der Vorbereitung. Da wir aber nicht dauerhaft neue Gewerbeflächen auf der grünen Wiese anlegen können, müssen wir dann in einem dritten Schritt gewerbliche und industrielle Brachflächen durch die Wirtschaftsförderung wieder nutzbar machen, damit auch dort bald wieder neue Arbeit entstehen kann.



⏪ ——— ——— ——— ——— Antwort von Peter Vermeulen:

Die Einschätzung zur Entwicklung im Gewerbegebiet Fichtenhain teile ich nicht. Die städtischen Ansiedlungsbemühungen in diesem Bereich waren erfolgreich. Nach den mir vorliegenden Informationen stehen dort aktuell nur noch rund 160.000 m² Fläche im Besitz der städtischen Grundstücksgesellschaft zum Verkauf. Bei der Entwicklung neuer Gewerbegebiete setze ich auch auf die interkommunale Zusammenarbeit wie bspw. auf ein gemeinsames Gewerbegebiet an der A44. Das Kirchturmdenken bei der interkommunalen Zusammenarbeit möchte ich überwinden. Ich habe deshalb in den letzten Wochen und Monaten mit fast allen Bürgermeistern der umliegenden Landkreise, Städte und Gemeinden gesprochen. Wir haben uns gegenseitig versprochen, im Falle einer erfolgreichen Wahl diesen Dialog fortzuführen.

Hintergrund

5 *Gründerzentren sind in der Regel erfolgreiche Starthilfen für die Absolventen von Hochschulen und Universitäten. Bisher ist in Krefeld ein solches Gründerzentrum in dem Pionierhaus in der Alten Samtweberei, hauptsächlich für Designer.*

Halten Sie Gründerzentren in Zusammenarbeit mit der Hochschule Niederrhein und der IHK für sinnvoll?

⏪ ——— ——— ——— ——— Antwort von Thorsten Hansen:



Krefeld ist ein anerkannter Hochschulstandort. Krefeld ist deutschlandweit für seine Design-Studiengänge bekannt, bietet aber auch viele weitere interessante Studiengänge. Wir haben viele kreative Studentinnen und Studenten. Dieses verheißungsvolle Potential müssen wir fördern und nutzen. Mit Ansätzen wie dem 'Pionierhaus' in der 'Alten Samtweberei' in der Lewe-



rentzstraße helfen wir jungen Menschen, sich selbstständig zu machen. Eine Stadt lebt mit und von den Menschen, die ihre Talente, Ideen und Schaffenskraft vor Ort entfalten können. Dies werde ich fördern und für eine lebendige Gründerszene in Krefeld sorgen. Dazu gehört, Venture Capital (Wagniskapital) in unsere Stadt zu lenken und Netzwerke mit den etablierten Unternehmen auf- und ausbauen. Mentoringmodelle können dabei helfen. Des Weiteren möchte ich ein Gründerzentrum mit Co-Working Space und auch freies WLAN in der Innenstadt einrichten.



☺ ——— ——— ——— ——— Antwort von Michael Heepen:

Zusammenarbeit finde ich generell sehr gut. Möglichst breit gefächert und mit vielen Leuten. Das schadet nie.



☺ ——— ——— ——— ——— Antwort von Sandra Leurs:

Im Prinzip ja, wenn die Befürworter vorab genug echte Nachfrage aufzeigen können. Es nutzt uns nämlich nichts, wenn die Hochschüler, von denen ja nur ein kleiner Teil aus der Region kommt, lieber "zu Hause" wirken wollen oder aber überhaupt nicht am Aufbau von Firmen interessiert sind, die auch Arbeitsplätze schaffen. Eine Frage wäre auch, welche(n) Standort(e) man anstreben wollte.



Hier in Krefeld geht es um die Wirtschaftszweige:

- Chemie
- Design
- Elektrotechnik und Informatik
- Oecotrophologie (Haushalts- und Ernährungswissenschaften)
- Sozialwesen
- Textil- und Bekleidungstechnik
- Wirtschaftswissenschaften
- Wirtschaftsingenieurwesen
- Gesundheitswesen

In Krefeld haben wir ja einige Standorte dazu, welche wohl auch Hochschulabsolventen einstellen können. Vorstellen kann ich mir den Ausbau von Arbeitsplätzen im Gesundheits- und Sozialwesen, sowie in Oecotrophologie. Ehrlich gesagt, kenne ich mich in den anderen Bereichen noch zu wenig aus.

☺ ——— ——— ——— ——— Antwort von Frank Meyer:

Wir brauchen eine noch bessere Unterstützung von Gründern in Krefeld. Ich möchte erreichen, dass die besten Ideen aus der Hochschule bei uns in Krefeld umgesetzt werden. Ich setzte mich dafür ein, dass geeignete Geschäftsflächen in Hochschulnähe entstehen. So können innovative Geschäftsideen



gut und schnell umgesetzt werden.



Antwort von Peter Vermeulen:

Ja, und ich freue mich sehr, dass sich in den vergangenen Jahren ein ganz neuer Umgang mit unserer Hochschule entwickelt hat. Ich freue mich auch über das Engagement der Montag-Stiftung, die ein Glücksfall für unsere Stadt ist. Frühere Debatten über eine „Universität Krefeld“, als gäbe es unsere Fachhochschule gar nicht, sind endgültig „ad acta“ gelegt. Als Oberbürgermeister möchte ich darin fortfahren, der Hochschule Niederrhein alle nur denkbaren Entwicklungsperspektiven zu eröffnen, unter anderem mit Blick auf die Bereitstellung erforderlicher Flächen.

Eine gute Kommunikation mit der Hochschule Niederrhein ist für mich selbstverständlich. Durch meine mittlerweile zehnjährige Tätigkeit als Honorarprofessor an einer vergleichbaren Hochschule kenne ich Strukturen und Abläufe an deutschen Hochschulen sehr genau und möchte diese Erfahrungen in die Optimierung der Kommunikation einbringen.



CDU

Hintergrund

Die Niederrhein-Route ist erfolgreich als Touristen-Magnet von ABM-Kräften errichtet worden.

Mit welcher Strukturpolitik wollen Sie neue Arbeitsplätze schaffen?



Antwort von Thorsten Hansen:

Wichtig ist bei den Krefelder Unternehmen ein Bewusstsein für Beschäftigung zu schaffen. 500 Unternehmen in Krefeld, die ausbilden könnten, bilden nicht aus. Darüber werde ich mit den Unternehmen sprechen. Auch muss weiter an der Qualifizierung von Mitarbeitern und Arbeitslosen gearbeitet werden. Die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen ist die vornehmliche Aufgabe der kommunalen Wirtschaftsförderung, die sich - bei steigenden Anforderungen - nicht nur um die Bindung der ansässigen Unternehmen an den Standort, sondern auch um Neuansiedlungen zu kümmern hat. Wir müssen aber den Dialog mit den Unternehmen fördern. Als OB sehe ich mich als obersten Wirtschaftsförderer, der die Forderungen der Unternehmen mit den sozialen und ökologischen Anforderungen in Krefeld zusammen bringt.



Antwort von Michael Heepen:

Die Aufgabe von 1€ Jobbern darf es nicht sein Gewinne zu erwirtschaften! Dieses Werkzeug wird all zu oft von Kommunen ausgenutzt. Das werde ich unterbinden.



Die PARTEI



Antwort von Sandra Leurs:



„Arbeitslose“ so zu missbrauchen widerspricht dem Menschenbild der Piratenpartei. Wir wollen selbstbestimmte, selbst entscheidende Bürger und lehnen Arbeitsverpflichtung und die Sanktionen des Hartz-Systems ab.

Die Stadt muss - Haushaltsslage hin oder her - mindestens Tariflöhne oder den gesetzlichen Mindestlohn zahlen und alle Mitarbeiter, auch Hilfskräfte, anständig und mit Respekt behandeln.



Antwort von Frank Meyer:



Erstens: Unter meiner Führung wird es in Krefeld einen Ansprechpartner für alle Verwaltungsfragen bei Ansiedlungen geben. Das Unternehmen investiert, schafft Arbeitsplätze und zahlt Steuern. Es wird Ansiedlungskonferenz mit allen notwendigen Ansprechpartner der Verwaltung für Ansiedlungsfragen geben und die Verwaltung wird so strukturiert, dass wichtige Genehmigungsverfahren beschleunigt werden.

Zweitens: Die Krefelder Runde „Arbeit und Wirtschaft“ unter der Führung des Oberbürgermeisters wird neu ins Leben gerufen. In regelmäßigen Abständen setzen sich alle Beteiligten an einen Tisch und diskutieren Lösungsvorschläge für eine gute wirtschaftliche Entwicklung in unserer Stadt. Ich werde persönlich darauf achten, dass die Runde nicht nur diskutiert, sondern auch Entscheidungen trifft und diese vorantreibt.

Drittens: Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft und die Grundstücksgesellschaft erhalten endlich das Geld, das sie benötigen, um neue Gewerbeflächen in Krefeld zu entwickeln. Dies schafft eine solide Grundlage für eine weitere wirtschaftliche Entwicklung in unserer Heimatstadt.



Antwort von Peter Vermeulen:



Tragfähige Arbeitsplätze müssen in der Privatwirtschaft entstehen und nicht im öffentlichen Sektor. Deswegen will ich die Angebotsvoraussetzungen für Betriebe, die in Krefeld investieren wollen, weiter verbessern. Dazu gehören einfache und zügige Genehmigungsverfahren ebenso wie die Bereitstellung geeigneter Flächen und eine verlässliche Steuerpolitik. Wer sein Geld nach Krefeld bringen will, um hier Arbeitsplätze zu schaffen, muss jederzeit herzlich willkommen sein. Im Bereich der touristischen Vermarktung setze ich hier auch auf die Einbindung Krefelds in den Niederrhein-Tourismus. Ein starker Tourismussektor stärkt auch kleine und mittelständische Unternehmen, die Jobs in Krefeld schaffen. Ich möchte als Oberbürgermeister versuchen, einen Radschnellweg von Venlo über Krefeld bis nach Düsseldorf zu errichten.

Hintergrund

Gemäß der Vorlage des Oberbürgermeisters Nr. 1387/15 für den Rat der Stadt und den Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder Jugend und Familie vom 23.04.2015 wurden mindestens 589.206 € durch gärtnerische Arbeiten von 1 € Jobbern erwirtschaftet. Angesichts der hohen Summe erscheint es fraglich, ob diese Arbeiten tatsächlich zusätzlich geleistet wurden, oder ob hier ohnehin notwendige Arbeiten im Grünflächenbereich besonders kostengünstig, aber gesetzwidrig zu Lasten der Arbeiter geleistet wurden.

Wie wollen Sie diesen Zwang zur Arbeit vermeiden und wie wollen Sie verhindern, dass Zusatzjobs reguläre Beschäftigung ersetzen?



Antwort von Thorsten Hansen:

Aus meiner Sicht - und darin bin ich mit vielen Fachleuten einig - verfolgt das sog. "arbeitsmarktpolitische Instrument" des Ein-Euro-Jobs vornehmlich ohnehin nur den Zweck, die Arbeitslosenstatistik aufzuhübschen. Dass die Agentur für Arbeit neuerdings gleichwohl immer weniger Ein-Euro-Jobs vergibt, mag zeigen, dass auch dort die Einsicht gewachsen ist, dass dieses Instrument neben dem oben erwähnten statistischen keinen weiteren nachhaltigen Sinn hat, da es keinen Beitrag zur Integration auf den ersten Arbeitsmarkt leistet, sondern - ganz im Gegenteil - die Betroffenen auch davon abhält, sich um reguläre Beschäftigungsverhältnisse zu bewerben. Außerdem werden - allen rechtlichen Vorgaben zum Trotz - reguläre Arbeitsplätze vernichtet.

Abgesehen davon, dass es ohnehin widerrechtlich wäre, werde ich als OB auch vor dem Hintergrund der o.g. Gründe natürlich nicht zulassen, dass Arbeitsvorgänge in der Stadtverwaltung von Ein-Euro-Jobbern verrichtet werden.



Antwort von Michael Heepen:

Wir müssen dafür sorgen, dass diese 1€ Jobs (welch unsägliches Wort!!) zur Ausnahme werden. Viel mehr müssen wir gemeinsam dafür sorgen, dass junge und auch ältere Leute einen anständigen Arbeitsplatz in Krefeld finden können.

Die Befristung von Arbeitsverhältnissen wird leider auch all zu oft ausgenutzt um es dem Arbeitgeber möglichst angenehm zu machen.

Welche Unsicherheitsfaktoren dabei für die betroffenen Arbeitnehmer ergeben wird dabei außen vor gelassen.

Die Befristung von Arbeitsverhältnissen muss daher einem strengen Reglement unterliegen.



Die **PARTEI**



⬇ _____ Antwort von Sandra Leurs:

Zeitarbeitsverträge müssen auf ein absolut notwendiges Minimum reduziert werden. Diese Unsicherheit, wie es mit dem Beruf weitergeht, verbaut allen Menschen die Zukunft, ob jünger oder älter. Prekäre Arbeitsverhältnisse lehne ich als Pirat grundsätzlich ab.

⬇ _____ Antwort von Frank Meyer:



Manche Menschen sind in persönlichen Lebens- oder Gesundheitslagen, die dazu führen, dass sie am Arbeitsmarkt leider auch dauerhaft keine Chance haben. Für sie wünsche ich mir staatlich geförderte Arbeitsplätze. So könnten sie beruflich etwas leisten und besser am gesellschaftlichen Leben teilhaben, ohne nach kurzer Zeit mit Förderprogrammende wieder aus der Arbeit gerissen zu werden. Ich weiß aus etlichen Gesprächen, dass viele Menschen so eine Chance gerne nutzen möchten. Die Einführung eines öffentlich geförderten Arbeitsmarktes ist aber eine bundespolitische Entscheidung, die nicht vor Ort getroffen wird.

Die Zusatzjobs, die über die städtische Zentralstelle für Beschäftigungsförderung (ZfB) angeboten werden, werden durch das Jobcenter geprüft und in jedem Einzelfall genehmigt. Zudem stimmt sich die ZfB bei der Gestaltung der Angebote mit den örtlichen Wohlfahrtsverbänden ab. Die Personalvertretungen der Stadt sind darüber hinaus eingebunden, gerade hinsichtlich der Vermeidung einer Verdrängung von regulären Arbeitsverhältnissen. Dies ist mir auch besonders wichtig. Zusatzjobs sollen ganz klar ein Angebot für Menschen in Langzeitarbeitslosigkeit sein. Die Stadt muss sorgfältig sicherstellen, dass diese Beschäftigung keine Arbeit verdrängt und die Tätigkeiten den Beschäftigten helfen.

⬇ _____ Antwort von Peter Vermeulen:

Die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen mit Blick auf das Kriterium der Zusätzlichkeit sind eindeutig. Die Verantwortlichen, hier die zuständigen Stellen in der Verwaltung, sind gehalten, diese zu beachten. Ich verbinde „Ein-Euro-Jobs“ nicht mit der Formulierung „Zwang zur Arbeit“. Vielmehr sollte es das Ziel sein, Personen einen geregelten Tagesablauf zu ermöglichen. Das ist nicht nur ein Anspruch, den diese Personen besitzen, sondern ist sicherlich auch im Sinne der Allgemeinheit, dass der Gewährung von Sozialleistungen eine Gegenleistung durch den jeweiligen Empfänger gegenübersteht.



Hintergrund

Insbesondere für junge Menschen sind unsichere Beschäftigungsverhältnisse durch sachgrundlose Befristungen nach der Ausbildung inzwischen zur Regel geworden. Aber auch für ältere Arbeitnehmer sind sie ein großer Unsicherheitsfaktor zum Beispiel in der Familienplanung. Auch die Stadtverwaltung Krefeld beschäftigt befristet, in beauftragten Firmen werden Leiharbeiter beschäftigt und es wird immer mehr privatisiert.

Werden Sie befristete Beschäftigungen bei der Stadtverwaltung einschränken bzw. vermeiden, sowie Leiharbeit und illegale Werkverträge bei Firmen, die von der Stadtverwaltung beauftragt sind, verhindern?

⏴ _____ ⏵ Antwort von Thorsten Hansen:

Gegen sachgrundlose Befristungen hat sich meine Partei schon immer ausgesprochen und natürlich werde ich diese Position auch als OB weiterhin vertreten. Ebenso selbstverständlich ist es, dass die Stadt keine Aufträge an Firmen mit illegalen Geschäftspraktiken vergeben kann. Dies muss in den Verträgen klar geregelt sein, damit bei Verstößen die Aufträge unwirksam sind.

⏴ _____ ⏵ Antwort von Michael Heepen:

Ja!

⏴ _____ ⏵ Antwort von Sandra Leurs:

Anderswo gibt es bereits Kindergärten und Kindertagesstätten mit erheblich flexibleren Öffnungszeiten. Wir könnten, sollten und müssen uns da was abgucken und mindestens zwei Standorte schnell umstellen.

Frau Schwesig (CDU) MdB will ja das es demnächst auch Abend und Nachbetreuung geben soll, in Kitas.

Ist für mich aber konträr da ein BGE dieses und jenes positiv verändern würde. Das gilt für viele soziale Berufe und Bereiche. Auch die Verwaltung einer Stadt würde es verändern. Leiharbeit ist für mich moderne Sklaverei und gehört nicht in einen sozialen Staat oder eine soziale Stadt.

⏴ _____ ⏵ Antwort von Frank Meyer:

Befristete Beschäftigungen können sinnvoll sein, um bestimmte Arbeitsspitzen oder außergewöhnliche Belastungen abzumildern. Nehmen wir das Beispiel von dringend benötigten Sozialarbeitern im Zusammenhang mit dem aktuellen Flüchtlingsstrom. Generell bin ich jedoch ein Gegner von Leiharbeit und werde selbstverständlich illegale Werksverträge, sollten diese bestehen, kündigen und die notwendigen rechtlichen Konsequenzen ziehen. Bei Vergaben ist strengstens darauf zu achten, dass beauftragte Unternehmen sich an tarifliche und arbeitsrechtliche Regelungen halten.



Die **PARTEI**



PIRATEN
PARTEI



SPD



Antwort von Peter Vermeulen:

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit kommt zu dem Ergebnis, das zuletzt rund zwei Drittel der Ausbildungsabsolventen von ihrem Ausbildungsbetrieb übernommen wurden. Damit befindet sich die Übernahmequote auf ihrem höchsten Stand seit Beginn der Erhebung im Jahre 1996. Der demografische Wandel lässt mich erwarten, dass diese Quote in den nächsten Jahren eher steigen wird.

Seit dem Jahr 2005 ist die Zahl der unbefristeten Beschäftigungsverhältnisse bundesweit um mehr als drei Millionen gestiegen, darüber hinaus haben rund eine Million Menschen den Sprung aus Hartz IV in den Arbeitsmarkt geschafft. Das hat auch etwas mit der Flexibilisierung der Arbeitswelt zu tun. Wer hier das Rad zurückdrehen will, tut der arbeitenden Bevölkerung keinen Gefallen.

Dass die Stadt Krefeld nicht auf „illegale Werkverträge“ zurückgreifen darf, versteht sich von selbst. Wir erweisen der Debatte aber keinen Dienst, wenn wir den Eindruck erwecken würden, als gäbe es hierfür Anhaltspunkte.



CDU

Hintergrund

Die moderne Arbeitswelt ist zunehmend von flexiblen Arbeitszeiten geprägt. Beispielhaft ist der Einzelhandel mit Öffnungszeiten von 7-22 Uhr. Dagegen sind die Kindergartenöffnungszeiten immer noch sehr starr, was dazu führt, dass gerade Alleinerziehende es sehr schwer haben in den Arbeitsmarkt zu finden.

Was können Sie tun um die Kindergartenöffnungszeiten so zu flexibilisieren, dass sie den Anforderungen der modernen Arbeitswelt gerecht werden?



Antwort von Thorsten Hansen:

Seit vielen Jahren setzt sich die Fraktion von Bündnis 90/ Die Grünen im Rat der Stadt für eine 24-Stunden-Kita ein, insbesondere für Eltern, die im Schichtdienst arbeiten, beispielsweise in Krankenhäusern. Für dieses Ziel will ich mich weiter einsetzen. Es darf nicht sein, dass Alleinerziehenden der Weg auf den Arbeitsmarkt erschwert wird, weil sie keine adäquate Betreuung für ihre Kinder finden.



Antwort von Michael Heepen:

Faire Arbeitsbedingungen wünschen wir uns alle. Daher müssen wir selbstverständlich auch jedem Arbeitnehmer diese zu bieten bereit sein.

Flexibilität ist wichtig und aus der heutigen Arbeitswelt nicht mehr wegdenken.



Die PARTEI

Allerdings ist das nicht umsonst und muss zwingend entsprechend vergolten werden.



_____ Antwort von Sandra Leurs:

Siehe oben. im Detail müssen das die Kindergärten und die Eltern absprechen. Wir von der Stadt müssen eine Finanzierungsgrundlage schaffen.

Antwort von Frank Meyer:

Hierbei handelt es sich um eines meiner Kernanliegen. Bereits seit dem Jahr 2010 setze ich mich für die sogenannte „24h-Kita“ ein, die auch über Nacht eine Betreuung sicherstellt, z.B. für Schichtarbeiter und in der Gastronomie Beschäftigte.

Unabhängig davon müssen die Öffnungszeiten der Kitas so gestaltet werden, dass man auch in den Randzeiten, morgens und abends, eine gute Betreuung für seine Kinder bekommt. Das ist für viele Berufstätige besonders wichtig.



_____ Antwort von Peter Vermeulen:

In der vergangenen Ratsperiode wurden in Krefeld rund 32 Mio. Euro in den Neu- und Erweiterungsbau von Kinderbetreuungseinrichtungen investiert. Zudem wurden die Betreuungszeiten ausgeweitet und flexibilisiert. In der derzeitigen Debatte über die Ausweitung der Betreuung in den späten Abend und die Nacht hinein scheint mir gelegentlich der Aspekt des Kindeswohls in den Hintergrund zu treten. Statt Alleinerziehenden durch 24-Stunden-Kitas die Nacharbeit zu „ermöglichen“, sollten wir lieber die rechtlichen Instrumente zur Durchsetzung von Unterhaltsansprüchen verbessern. Eine „Durchökonomisierung“ der Gesellschaft zu Lasten von Kindern und Alleinerziehenden (leider vor allem oft Müttern), die dem Arbeitsmarkt am besten rund um die Uhr zur Verfügung stehen sollen, lehne ich ab. Gleichwohl trete ich vehement für eine Flexibilisierung von Kindergärten ein und dafür, die Bedingungen für eine frühkindliche Bildungsunterstützung in den Tageseinrichtungen für Kinder zu verbessern.



10

Hintergrund

Nachhaltigkeit und faire Arbeitsbedingungen sind unser Ziel. Wie können ökologisch sinnvolle und faire Arbeitsbedingungen entwickelt werden?



_____ Antwort von Thorsten Hansen:

Hierauf kann insbesondere mit einer gezielten Ansiedlungspolitik eingewirkt werden. Entscheidend ist, dass man sich bewusst macht, wie ökologisch sinnvolle und faire Arbeitsbedingungen aussehen können und dies auch in



Richtung der Unternehmen kommuniziert, gleichzeitig aber auch Hilfestellung bei der Umsetzung anbietet. Andere Kommunen z.B. Hannover haben sehr gute Erfahrungen mit entsprechenden Kriterienkatalogen gemacht, die Krefeld adaptieren könnte. Die Stadtverwaltung muss dabei aus meiner Sicht mit gutem Beispiel vorangehen, weshalb eines meiner Wahlziele eine Umstrukturierung und Modernisierung des Verwaltungsapparats ist.



_____ Antwort von Michael Heepen:

Ökologisch? Hm.. Naja, persönlich hatte ich bisher einmal das Vergnügen im Jobcenter. Ich würde zunächst mal einen Benimm-Kurs für einige der dortigen Angestellten veranlassen.



Die **PARTEI**



_____ Antwort von Sandra Leurs:

Mein Kollege Purodha Blissenbach schlägt ja eine Art "Gewerkschaft der vom Sozialsystem an den Rand gedrängten" vor, die die von unserem ungerecht und menschenfeindlich organisierten Sozialsystem Benachteiligten und Ausgegrenzten an die Hand nehmen kann. Das sollte ihnen standardmäßig und ohne großen Aufwand zu ihrem juristischen Recht verhelfen und zugleich Selbstvertrauen geben, dass sie etwas wert sind - sagt er. Dem kann ich mich nur anschließen.



 **PIRATEN
PARTEI**



_____ Antwort von Frank Meyer:

Vor Ort lege ich für den Arbeitgeber Stadt Krefeld besonders großen Wert darauf, gemeinsam mit der Personalvertretung die Aspekte des Arbeitsschutzes, der Arbeitssicherheit und des betrieblichen Gesundheitsschutzes weiterzuentwickeln. Die Stadt muss ein vorbildlicher Arbeitgeber sein – auch in diesen Bereichen.



SPD



_____ Antwort von Peter Vermeulen:

Hierbei liegt die Hauptzuständigkeit auf der Bundes- und Landesebene. Dort wurde ein umfassendes gesetzliches Regelwerk geschaffen, darüber hinaus existieren internationale Standards, zu deren Umsetzung sich die Bundesrepublik Deutschland und ihre Länder verpflichtet haben. Die Einhaltung der einschlägigen Bestimmungen obliegt auch der Kommunalverwaltung, und ich werde als Oberbürgermeister selbstverständlich darauf achten, dass diese Pflicht weiterhin gewissenhaft wahrgenommen wird.



CDU

Hintergrund

Viele Kunden des Jobcenters fühlen sich durch dessen Entscheidungen ungerecht behandelt, scheuen sich aber davor, den (in den meisten Fällen erfolgreichen) Klageweg einzuschlagen.

111

11

Werden Sie sich als einer der Träger des Jobcenters für eine für die Betroffenen niederschwellige Konfliktlösungsmöglichkeit durch die Bestellung eines Ombudsmanns einsetzen?



☰ _____ Antwort von Thorsten Hansen:

Abgesehen von der möglichen Scheu vieler Betroffener, den Klageweg zu beschreiten, hat die Anzahl der dann doch betriebenen Klagen die Gerichtsbarkeit an die Grenzen des personell Machbaren gebracht. Auch deshalb halte ich die Schaffung von Möglichkeiten, Konflikte und Beschwerden niederschwellig zu lösen, für geradezu unabdingbar.

☰ _____ Antwort von Michael Heepen:

Ja, das ist eine sehr gute Idee. Zumal, wie gesagt, beim Jobcenter in Krefeld einiges im Argen liegt.



☰ _____ Antwort von Sandra Leurs:

Kurz und knapp, Ja! Ich höre so viele negative Beispiele in meinem Umfeld aus dem Jobcenter, dass mich zu dieser Problematik mit einem deutlichen Ja!! äußere



☰ _____ Antwort von Frank Meyer:

Im Bereich der Stadt Krefeld ist das Beschwerdemanagement dringend überarbeitungsbedürftig. Dies will ich gemeinsam mit dem Stadtrat sowohl für die Verwaltung, als auch für die Politik zukunftsfähig und bürgerfreundlich gestalten. Dabei darf auch das Jobcenter mit städtischer Teilträgerschaft nicht außen vor bleiben. Niederschwellige Konfliktlösungsangebote, beispielsweise durch einen Ombudsmann, sind der richtige Weg zu bürgerfreundlichen Behörden. Die konkrete Umsetzung werde ich mit den Partnern im Jobcenter und den in diesem Bereich gesellschaftlich engagierten Gruppen, wie dem Arbeitslosenzentrum und den Gewerkschaften, gemeinsam besprechen.



☰ _____ Antwort von Peter Vermeulen:

Für einen entsprechenden Vorschlag bin ich durchaus offen. Ich weiß, dass die Ombudsstelle des Jobcenters Duisburg sehr erfolgreich arbeitet und dazu beiträgt, kostenintensive Rechtsstreitigkeiten zu vermeiden. Wir sollten uns nicht scheuen, uns an dem guten Beispiel anderer Kommunen zu orientieren.



Hier kann ich aus persönlicher Erfahrung das erfolgreiche Casemanagement in Mülheim an der Ruhr als Beispiel einbringen.

Hintergrund

Erwerbslosenberatungsstellen und Arbeitslosenzentrum sind schon mehr als 30 Jahre in Sachen Arbeitslosigkeit aktiv in Krefeld. Hier existiert ein arbeitsmarkt- und sozialpolitisches Expertenwissen, das gewinnbringend die Perspektive erwerbloser Bürgerinnen und Bürger in die kommunale arbeitsmarkt- und sozialpolitische Diskussion einbringen kann. Dafür ist jedoch ein institutionalisierter Rahmen notwendig, der durch eine mögliche Mitgliedschaft im Beirat des Jobcenters geboten wird.

12 **Werden Sie sich für einen Sitz der Erwerbslosenberatungsstellen im Beirat des Jobcenters einsetzen?**



Antwort von Thorsten Hansen:
Diese Idee erscheint mir als durchaus sinnvoll, muss aber mit allen Beteiligten diskutiert werden.

Antwort von Michael Heepen:
Auf jeden Fall.



Antwort von Sandra Leurs:
siehe Frage 11



Antwort von Frank Meyer:
Die Erwerbslosenberatungsstellen leisten einen wichtigen und notwendigen Beitrag für Menschen, die Arbeit suchen und Beratung brauchen. Ihre Erfahrung und ihr Umgang mit diesen Menschen sind wichtig und würden die Arbeit des Beirats sicherlich bereichern. Deshalb werde ich deren Beteiligung vorschlagen.



Antwort von Peter Vermeulen:
Auch hier bin ich offen für einen Dialog und lasse mich gerne überzeugen. Da ich selbst in diversen Beiräten sitze, neige ich gleichwohl dazu, den Einfluss entsprechender Posten nicht zu überschätzen.

Die Stadt Mülheim an der Ruhr, in der ich als gewählter Beigeordneter arbeite, ist eine sogenannte Optionskommune, welche die im Sozialgesetzbuch II (SGB II) geregelten Aufgaben der Grundsicherung für Arbeitsuchende in alleiniger Trägerschaft - also ohne Beteiligung der Agenturen für Arbeit - wahrnimmt. Hier wurden wichtige Erfahrungen gesammelt, die bei der Debatte um die künftige Rolle der Kommune bei der Vermittlung von Arbeitslosen in Arbeit helfen können.



CDU

Hintergrund

In der „Kundenzufriedenheitsumfrage“ zum Jobcenter, die das Sozialbündnis 2012 durchführte, war einer der größten Kritikpunkte die schlechte Erreichbarkeit der Sachbearbeiter, was auch mit der Entscheidung des Krefelder Jobcenters für ein externes Callcenter zusammenhängt.

Werden Sie sich für eine bessere Erreichbarkeit der Sachbearbeiter im Krefelder Jobcenter einsetzen?

13

☺ ——— ——— ——— ——— Antwort von Thorsten Hansen:

Ich gehe davon aus, dass die Ergebnisse der Kundenzufriedenheitsumfrage im Beirat des Jobcenters diskutiert wurden bzw. werden und festgestellte Mängel oder Defizite beseitigt werden. Natürlich werde ich als OB - sollte es notwendig sein - eben darauf drängen. Soweit es sich um Probleme handelt, die sich aus der ungeklärten Zuständigkeitsfrage zwischen Agentur für Arbeit und kommunalem Träger ergeben, will ich mich zusammen mit meinen OB-Kollegen dafür einsetzen, dass hier mehr Klarheit entsteht und sich das Jobcenter mehr und mehr zu einer Service-Agentur entwickelt.

☺ ——— ——— ——— ——— Antwort von Michael Heepen:

Und täglich grüßt das Murmeltier (sofern man es erreicht...). Im Jobcenter muss dringend mal aufgeräumt werden. Ich werde sogar jeden Morgen selber dort anrufen. Und wehe die sind nicht erreichbar. Dann werden die betroffenen Mitarbeiter durch 1€ Jobber ersetzt.

☺ ——— ——— ——— ——— Antwort von Sandra Leurs:

Ja. Die Sozialpiraten in der Piratenpartei planen demnächst eine Bundesweite Telefonliste, mit den Durchwahlnummern der Sachbearbeiter, zu veröffentlichen.

☺ ——— ——— ——— ——— Antwort von Frank Meyer:

Die innere Organisation des Jobcenters liegt in der Verantwortung der dortigen Geschäftsführung. Als Vertreter der Stadt werde ich allerdings meine Vorstellungen einer bürgerfreundlichen Dienstleistungsbehörde sehr deutlich einbringen.

☺ ——— ——— ——— ——— Antwort von Peter Vermeulen:

Ich meine nicht, dass der Oberbürgermeister direkt in die Arbeitsorganisation des Jobcenters eingreifen sollte. Die Erreichbarkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sicherzustellen, ist zunächst Aufgabe der Einrichtungsleitung. Wenn es Verbesserungsbedarf gibt, bin ich sicher, dass die Verantwortlichen die entsprechenden Entscheidungen treffen werden. Sollte die



Kommune hier helfen oder Anliegen unterstützen können, werde ich als Oberbürgermeister dies sicherlich gerne begleiten. Sollten sich Missstände offenbaren, werde ich mich als Oberbürgermeister nicht scheuen, diese anzusprechen. Das aber dann sicher nicht öffentlich, sondern in direkter Kommunikation mit der Einrichtungsleitung.

→ Fragen zum Thema Stadtentwicklung

Hintergrund

14 Mit dem jetzt verabschiedeten Haushalt soll Krefeld wieder finanzielle Eigenständigkeit erreichen.

Sehen Sie in den nächsten Jahren Spielräume im Haushalt und wofür wollen Sie diese vorrangig nutzen?



Antwort von Thorsten Hansen:

Im Verlauf der Jahre des Haushaltssicherungskonzepts sehe ich über das bereits Beschlossene hinaus wenig Spielraum. Wir haben bei den nun erfolgten Haushaltsberatungen soziale Härten größtenteils verhindern und viele soziale und ökologische Projekte bewahren können. Damit haben wir unser erstes Etappenziel erreicht. Im HSK ist ein Posten mit 1. Mio ausgewiesen, mit dem Strukturprojekte unterstützen werden sollen. Ich könnte mir vorstellen, dass wir Brachflächen aufkaufen und entwickeln. Mönchengladbach hat damit sehr gute Erfahrungen gemacht. Sobald Krefeld durch die Strukturveränderungen wieder auf soliden finanziellen Beinen steht, möchte ich mich besonders für die Unterstützung von innovativen und nachhaltigen Unternehmensideen, eine gestärkte Willkommenskultur in Krefeld gegenüber Einwanderern und Asylsuchenden und eine bürgernahe Politik einsetzen, beispielsweise durch Bürgerforen, Bürgerhaushalt oder Bürgerentscheide.



Antwort von Michael Heepen:

Krefeld muss Lebens- und Liebenswert werden. Für jeden, der hier leben will.

Das bedeutet aber auch, dass man die Menschen unterstützen muss, denen es finanziell, gesundheitlich oder sonst wie schlecht geht.

Das kostet Geld. Ich finde, dass man da ruhig mal ein bisschen mehr zuschiesen könnte.



Antwort von Sandra Leurs:

Bis 2020 soll er ausgeglichen sein, dies ist nicht utopisch sondern machbar,



so Peter Klein, Ratsherr der Piratenpartei in Krefeld, dem schließe ich mich an.

Wir haben so viele Probleme zu lösen in Krefeld, ich denke das die Flüchtlingsproblematik das Wichtigste ist, was wir in Zukunft bewältigen müssen. Zum Beispiel Erweiterung der Kitaplätze, Schulen müssen samt Lehrkörper darauf eingestellt werden, eine Willkommensstruktur muss geschaffen werden, und noch so vieles mehr.

Zugleich preiswerten Wohnräumen durch Förderung des sozialen Wohnungsbaus schaffen durch Neubauten. Gleichzeitig besteht überall auch noch viel liegen gebliebener Sanierungsbedarf.



Antwort von Frank Meyer:

Die früheren CDU-Ratsmehrheiten und der CDU-Oberbürgermeister haben Krefeld in eine katastrophale Haushaltslage gebracht, wichtige Angebote zur sozialen Vorbeugung abgebaut und einen kostspieligen Sanierungsstau am öffentlichen Eigentum, wie Gebäuden, Straßen usw., hinterlassen. Als Folge dessen sind die finanziellen Handlungsspielräume, auch in den nächsten Jahren, extrem eng.

Mein Schwerpunkt liegt insbesondere darauf, diese so wichtigen vorbeugenden Angebote im sozialen Bereich und bauliche Instandhaltung von Gebäuden zu sichern sowie die wirtschaftliche Infrastruktur der Stadt zu stärken. Mit diesem Dreiklang kann man den Menschen helfen und mittel- bis langfristig wichtige Einsparungen und Kostenreduzierungen im städtischen Haushalt erreichen.



Antwort von Peter Vermeulen:

Oft weichen Planzahlen von den späteren Rechnungsergebnissen erheblich ab. Grund hierfür sind Prognosen und Annahmen, die sich in den Planansätzen spiegeln. Da ich diese nicht aufgestellt habe, kann ich nicht einschätzen, ob der verabschiedete Haushalt geeignet ist, finanzielle Eigenständigkeit zu erreichen. Meine Erfahrung zeigt, dass das nicht immer so ist. Ich muss daher annehmen, dass es auf Jahre hinaus keine Spielräume für freiwillige Mehrausgaben gibt. Mein Ziel besteht darin, die getroffenen Vereinbarungen zur Haushaltskonsolidierung konsequent umzusetzen, in der laufenden Haushaltsbewirtschaftung wirtschaftsrationaler Entscheidungen zu treffen und das vorhandene Defizit Schritt für Schritt abzubauen. Zugleich müssen die notwendigen Investitionen vorgenommen werden, um einen Verlust von Vermögenswerten zu vermeiden.



Welche Rolle spielen dabei freiwillige Zuwendungen zur Existenzsicherung und Unterstützung von sozialen Einrichtungen? (z. B. das ALZ, das Werkhaus, Nachbarschaftstreffs, die Familienhilfe)

⌚ _____ Antwort von Thorsten Hansen:

Diese freiwilligen Zuschüsse waren und sind nach wie vor ein wichtiger Grundpfeiler grüner Politik. Das Subsidiaritätsprinzip ist mir sehr wichtig. Wo soziale Einrichtungen Aufgaben übernehmen wollen, möchte ich sie unterstützen und mit ihnen kooperieren.

⌚ _____ Antwort von Michael Heepen:

Zu solchen sozialen Einrichtungen gehen Menschen die verzweifelt sind. Selbstverständlich dürfen Einrichtungen dieser Art selber keinerlei Existenzängste haben.

⌚ _____ Antwort von Sandra Leurs:

⌚ _____ Antwort von Frank Meyer:

Die sozialen Einrichtungen sichern in Krefeld das soziale Leben und sind unverzichtbar. Im Rahmen der Haushaltsberatungen habe ich mich persönlich sehr dafür eingesetzt, keine weiteren Einschnitte ins soziale Netz vorzunehmen. Vielmehr konnten wir trotz der sehr schwierigen Haushaltssituation sozialpolitische Akzente setzen:

Es gibt mehr Geld für das Freiwilligenzentrum, den Behindertenfahrdienst, Essen auf Rädern und das Mehrgenerationenhaus. Wir fördern die offene Kinder- und Jugendarbeit und retten das Jugendzentrum Funzel vor dem Aus.

Ich möchte allen Krefeldern den Theaterplatz zurückgeben, ohne die Suchtkranken direkt zu vertreiben, sondern verstärkt auf Hilfsangebote setzen. Deshalb haben wir als erste kleine Hilfe 10.000 Euro für Maßnahmen für Suchtkranke in den Haushalt gestellt. Ich hoffe, dass z.B. das Café Pause seine Öffnungszeiten damit ausdehnen kann.

Gleichzeitig stellen wir im Haushalt 32.000 Euro für den Sozialdienst Katholischer Frauen (SKF) zur Verfügung. Damit kann der SKF Frauen in Not, insbesondere Frauen, die in die Prostitution getrieben wurden, besser unterstützen.

Ich habe bereits bei den aktuellen Haushaltsberatungen sehr viel Wert darauf gelegt, dass soziale Einrichtungen in Krefeld wieder mehr Luft zum Atmen bekommen. Diesen Weg werde ich konsequent fortsetzen.

⌚ _____ Antwort von Peter Vermeulen:

Ich setze mich für den Erhalt freiwilliger Zuwendungen ein, sofern dies die Haushaltsentwicklung zulässt und die Leistungsempfänger belastbare Nach-



weise über den Erfolg ihrer Aktivitäten vorlegen. Ich möchte als Oberbürgermeister Subsidiarität und Sozialpartnerschaften groß schreiben. Wenn soziale Organisationen erfolgreich arbeiten, werde ich das immer unterstützen.

Hintergrund

Mit dem TTIP-Abkommen werden viele soziale Standards abgesenkt. Der Rat der Stadt hat sich gegen TTIP ausgesprochen. Die augenblickliche Debatte hat die „Schiedsstellen“ im Visier. Der Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge und die vielen Möglichkeiten der Privatisierung bis hin zu Bildung oder der Energie- und Wasserversorgung wird nicht mehr problematisiert.

Sehen Sie TTIP als Gefahr für die kommunalen Handlungsmöglichkeiten und was wollen Sie tun, um dieser Gefahr zu begegnen?



Antwort von Thorsten Hansen:

In meiner Ratsrede am 18. September 2014 habe ich dargestellt, dass ich generell nicht gegen Freihandelsabkommen bin, da aus meiner Sicht zu einer freien Gesellschaft auch ein freier Handel gehören sollte, im Rahmen der geltenden Gesetze. Das was aber derzeit als TTIP verhandelt wird ist, in dieser Form abzulehnen. Eigentlich verhandeln dort demokratische Staaten miteinander und dazu gehört aus meiner Sicht, dass die demokratisch legitimierte Parlamente die Verhandlungen führen und Fachleute beratend zur Seite stehen. Die 'Geheimverhandlungen' von ausschließlich Fachleuten ohne Einflussnahme der Parlamente sind höchst undemokratisch und abzulehnen.

Es gibt einige Punkte, die an TTIP zu kritisieren sind, aber am gefährlichsten finde ich die Investor-Klagerechte gegen Staaten. Ihre Ausweitung wäre eine ernsthafte Bedrohung für die Demokratie. Investoren würden damit die Möglichkeit erhalten, vor undurchsichtigen Schiedsgerichten gegen soziale und ökologische Standards vorzugehen. Die Verhandlungen sind von Konzern-Interessen bestimmt. Um „Handelshemmnisse“ abzubauen, sollen die Standards von Produkten „gegenseitig anerkannt“ werden. Zum Schluss wird sich dabei nicht Qualität durchsetzen, sondern der jeweils niedrigere Standard. Durch eine sogenannte 'Regulatorische Zusammenarbeit' sollen Konzerne dauerhaften Einfluss auf die Handelspolitik und alle daran angeschlossenen Politikfelder erhalten. Dabei sollen Gremien von Konzern-Lobbyisten geschaffen werden, die ungewollte Gesetze verhindern können, bevor sie ins Europäische Parlament gelangen.

Deshalb habe ich auch eine Petition für den Stop der TTIP Verhandlungen



unterschrieben und ich hoffe wir sind erfolgreich.

In konkretem Bezug auf Krefeld befinden wir uns in der glücklichen Lage, dass unsere Energie- und Wasserversorgung maßgeblich durch unsere städtische Tochter SWK gewährleistet wird. Hieran will ich weiter festhalten und das Unternehmen stärken und gegen Privatunternehmen aus anderen Ländern sichern, die andere Standards anlegen als Deutschland.



_____ Antwort von Michael Heepen:



Ja. Ich sehe TTIP als Gefahr und lehne das ab. Das liegt natürlich auch daran, dass es zu diesem Thema nicht leicht ist an seriöse Informationen zu kommen.

Die **PIRATEN**
PARTEI



_____ Antwort von Sandra Leurs:



Wir sind ganz und gar gegen TTIP.

Wenn wir entscheiden könnten, würden wir die Verhandlungen abbrechen und zwar aufgrund der bisher gemachten Erfahrungen. Ziele für neue Verhandlungen demokratisch bestimmen und dann eventuell in einigen Jahren eine neue Initiative probieren - oder auch nicht.

 **PIRATEN**
PARTEI



_____ Antwort von Frank Meyer:



Ich begrüße grundsätzlich den Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit anderen Staaten. Gerade in unserer Region ist die Wirtschaft besonders überdurchschnittlich exportstark. Somit sehe ich auch klare Chancen für den lokalen Arbeitsmarkt. Allerdings müssen Städte nach Abschluss von Handelsabkommen wie TTIP innerhalb der europarechtlich zulässigen Grenzen weiter selbst entscheiden können, ob Leistungen der Daseinsvorsorge von ihnen selbst, durch eigene Unternehmen oder von Privaten erbracht werden. Darüber hinaus muss die Möglichkeit zur interkommunalen Zusammenarbeit erhalten bleiben. Diese Forderungen hat der Rat der Stadt Krefeld per Resolution erhoben. Die kommunalen Spitzenverbände und das Bundeswirtschaftsministerium haben diese Haltung ebenfalls in einem gemeinsamen Positionspapier zum Ausdruck gebracht. Dies ist dringend erforderlich, um kommunale Handlungsspielräume bei Organisation und Erbringung von Leistungen der Daseinsvorsorge abzusichern. Es darf keine Einschränkungen bei den Umwelt- und Verbraucherschutzstandards und dem Vergaberecht durch das Freihandelsabkommen geben. Letztlich dürften weder TTIP noch andere Handelsabkommen den Spielraum der Kommunen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben einschränken. In diesem Sinne bringe ich mich auch konsequent innerhalb meiner Partei ein und werbe dafür in den Gremien der Kommunalverbände. Ein Abkommen, das am Ende diese Bedingungen nicht erfüllt, lehne ich entschieden ab.

 **SPD**



CDU



Antwort von Peter Vermeulen:

Eine stark exportorientierte Stadt wie Krefeld hat ein hohes Interesse am Abbau von Handelsbeschränkungen und am freien Austausch von Waren und Dienstleistungen. Abkommen, wenn sie fair verhandelt sind, leisten hierzu einen wertvollen Beitrag. Die ablehnende Stellungnahme des Rates der Stadt Krefeld gegenüber TTIP, der die CDU-Fraktion ihr Votum verweigert hat, halte ich für unbegründet und fehlgeleitet.

Hintergrund

Die neue Feuerwache steht in Krefeld vor der Vollendung. Aus ca. 37,5 Millionen Baukosten werden im Laufe der nächsten 30 Jahre 84 Millionen Kosten (einschließlich der Gebäudeunterhaltung) entstehen, weil es eine PPP-Finanzierung ist. (Die Zahlen sind in der Rheinischen Post vom 15. November 2013 veröffentlicht.) Nach bisherigen Erfahrungen mit PPP Projekten warnen inzwischen auch die Rechnungshöfe vor diesem Modell.

.Werden Sie in Zukunft auf PPP Projekte verzichten?

17



Antwort von Thorsten Hansen:

Public-Private-Partnerships mögen in manchen Fällen für beide Seiten gewinnbringend sein, solange man sich auf Augenhöhe begegnet. Wird PPP allerdings benutzt, um Kosten, die man derzeit nicht finanzieren kann, lediglich auf die Zukunft zu verschieben, wird es zur Falle für Kommunen, denn die langfristigen Kosten für PPP übersteigen meist deutlich die Kosten einer regulären Kreditaufnahme. Zudem wird aus meiner Sicht zu viel Einfluss an private Unternehmen abgegeben und ein flexibles Handeln der Kommune eingeschränkt. Dies widerspricht meiner Vorstellung von nachhaltiger Finanzwirtschaft. Projekte hingegen, in denen Private und öffentliche Träger gegenseitig von den jeweiligen Erfahrungen profitieren und sich gegenseitig bereichern können, kann ich mir für die Zukunft sehr gut vorstellen.



Antwort von Michael Heepen:

Ja.



Antwort von Sandra Leurs:

Entscheidungen fällt letztendlich der Rat und nicht die Oberbürgermeisterin - aber ja, ich halte von den PPP gar nichts. Weder die Mehrkosten, noch die Intransparenz, noch das erheblich erhöhte Risiko für die Bürger auf sehr lange Zeit halte ich für nicht vertretbar.



SPD



Antwort von Frank Meyer:

PPP-Projekte sind kein Allheilmittel und nur bedingt geeignet, um (insbesondere langfristig) Kosten zu sparen. Dennoch können sie in Einzelfällen hilfreich sein. Gerade vor dem Hintergrund der derzeit eingeschränkten Investitionsmöglichkeiten der Stadt kann es sinnvoll sein, Projekte auch mit privaten Investoren auf den Weg zu bringen. Dabei sind in jedem Einzelfall die Vor- und Nachteile sehr sorgsam abzuwägen und offen zu diskutieren. Dabei lege ich großen Wert auf Transparenz.

Wünschenswert wäre es sicher, stattdessen eine völlig andere Finanzausstattung der Kommunen zu erhalten. Wichtige Investitionen vor Ort, z.B. in städtische Gebäude, können bis dahin aber nicht warten. Deshalb kann ich mir diese in den genannten engen Grenzen auch mit privaten Partnern vorstellen. Vorschläge, wie eine Privatisierung der KITAS und ähnliche Ideen lehne ich jedoch klar ab.



Antwort von Peter Vermeulen:

Die neue Feuerwache ist ein Beispiel für Finanzierungen in Partnerschaft mit privaten Investoren. Mit dem gleichen Partner, mit dem Krefeld die Feuerwache baut und betreibt, arbeitet die Stadt Mülheim an der Ruhr seit Jahren erfolgreich in der dortigen Stadtbücherei (Neubau Medienhaus) zusammen. Die geplanten Baukosten wurden verlässlich eingehalten. Da bei einer Investitionsvergleichsrechnung der gesamte Lebenszyklus eines Gebäudes verglichen wird, werden die laufenden Betriebskosten über den ganzen Vertragszeitraum (bis 2046) eingerechnet. Sogenannte PPP-Finanzierungen darf eine Stadt nur tätigen, wenn sie wirtschaftlicher sind, als wenn die Stadt selbst investiert hätte. Diese Wirtschaftlichkeit entsteht, wenn man Partner findet, die auf Errichtung und Betrieb von Großbauten spezialisiert sind, wohingegen die Feuerwache für die Stadt Krefeld ein Einzelobjekt darstellt. Die Kosten für Finanzierung und Betrieb in Höhe von 47,9 Mio. Euro liegen deutlich unterhalb der Summe, die von städtischer Seite im Falle einer eigenen Bewirtschaftung aufgewandt werden müsste. Durch die langfristige Vertragsbindung an den Partner SKE Facility Management bis zum Jahr 2046 wird Planungssicherheit für die Kommune geschaffen.



CDU

→ Fragen zum Thema Flüchtlinge

Hintergrund

Noch immer werden in Krefeld schutzbedürftige und teilweise traumatisierte Menschen in Turnhallen untergebracht. Die Stadtverwaltung hat aus unserer Sicht lange Zeit keine genügenden Vorbereitungen für die Unterbringung der Flüchtlinge unternommen. Das ehemalige Altenheim in der Kempener Allee wurde viel zu spät für die Flüchtlinge hergerichtet.

Werden Sie sich für eine bessere Unterbringung von Flüchtlingen einsetzen?

18

☰ ——— ——— ——— ——— Antwort von Thorsten Hansen:

Die dezentrale und menschenwürdige Unterbringung von Asylsuchenden ist mir ein großes Anliegen. Im Idealfall sollen sie nach meiner Auffassung möglichst in eigenen Wohnungen untergebracht werden, um besseren Anschluss an die Krefelder Gesellschaft zu finden und möglichst unabhängig zu sein. Leider ist gerade dies unter den aktuellen Bedingungen sehr schwierig. Zum einen macht die oftmals ausgesprochen kurzfristige Zuteilung von Asylsuchenden eine sinnvolle Unterbringung sehr schwierig. Zum anderen gibt es kein ausreichendes Angebot an Wohnungen, die an Asylsuchende vermietet werden. An dieser Stelle möchte ich auch eine Lanze brechen für den Fachbereich Soziales, der sich wirklich intensiv und mit großer Hingabe für eine angemessene Unterbringung engagiert und immer wieder neuen Ideen und Konzepten nachgeht. Jede Form von Unterstützung ist hier sicherlich willkommen.

☰ ——— ——— ——— ——— Antwort von Michael Heepen:

Ja. Wer in Krefeld Schutz und Hilfe sucht soll sie auch finden. In Turnhallen fühlt man sich sicher nicht willkommen.

☰ ——— ——— ——— ——— Antwort von Sandra Leurs:

Da gebe ich dem Sozialbündnis Recht, denn ich habe schon vor ca. 1,5 Jahren gesagt, egal was aus diesem Haus alles raus ist, umbauen zur Flüchtlingsunterkunft.

Und wir werden dieses Problem der Unterbringung schwer lösen können. Es muss gebaut werden, preiswerter Wohnraum wird mehr denn je benötigt, nicht nur für Menschen, die bei uns Schutz suchen.

☰ ——— ——— ——— ——— Antwort von Frank Meyer:

Ich werde die Verwaltungsstrukturen in der Flüchtlingsarbeit zügig verbessern, damit wir die Unterbringungszeiten in den Übergangwohnstätten verkürzen und die professionelle Unterstützung der Flüchtlinge schnell verbes-



sern können. Dazu werde ich die Stelle eines Flüchtlingskoordinators einrichten.

Mit diesen Strukturen müssen wir auch schon jetzt künftige Verbesserungen der Wohnsituation und eine möglichst dezentrale Unterbringung der Menschen organisieren. Soweit der private Wohnungsmarkt dabei ausgeschöpft ist, muss die Wohnstätte mit der Stadt alternative Angebote entwickeln.



Antwort von Peter Vermeulen:

Die Zahl der zugewiesenen Flüchtlinge war in den vergangenen Jahrzehnten starken Schwankungen unterworfen, in den letzten Jahren ist ein starker Anstieg zu verzeichnen. Die Zuweisungen erfolgen durch das Land, die Entscheidung über Aufnahme oder Ablehnung eines Asylantrages durch den Bund. Die Kommune muss kurzfristig reagieren, obwohl das Land keine Mittel in erforderlichem Umfang bereitstellt. Wenn das Land eine ausreichende Finanzierung verweigert, und Krefeld 2014 auf 3,1 Mio. Euro Kosten sitzen geblieben ist, kann dies sicherlich nicht zur Verbesserung der Lage der Flüchtlinge beitragen.

Die Stadt Krefeld hat ihre UnterbringungsKapazitäten jeweils so zeitnah wie möglich an die veränderten Anforderungen angepasst. Ich vertrete klar die Auffassung, dass eine dezentrale und über das Stadtgebiet verteilte Unterbringung von Flüchtlingen wünschenswert ist.



CDU

Hintergrund

Die Unabhängigkeit von Transferleistungen stärkt die Würde der Menschen. Besonders in handwerklichen Berufen herrscht Fachkräftemangel oder steht bevor. Die Flüchtlinge bleiben nicht unbedingt hier, teilweise sind -wie bei den Menschen aus Syrien- Rückkehrpflichten nach einer Befriedung des Landes vorgesehen. Gut ausgebildete junge Flüchtlinge können so zu guten „Botschaftern“ unseres Landes in ihrer Heimat werden.

Was werden Sie tun, damit Flüchtlinge besser ausgebildet und in den Arbeitsmarkt integriert werden?



Antwort von Thorsten Hansen:

Das Traurige an unserem Asylrecht ist, dass Menschen, die als Flüchtlinge zu uns kommen, kein Arbeitsrecht eingeräumt wird. In vielen Fällen sind die Asylbewerber bereits gut ausgebildet und wären wegen des massiven Fachkräftemangels in Deutschland gern gesehene Arbeitskräfte. Dies ist ein Thema, das auf Bundesebene dringend angegangen werden muss. Als OB werde ich dies bei den Krefelder Bundestagsabgeordneten und im Deutschen Städtetag offen adressieren. Den Beitrag, den die Kommune dazu leisten



Wahlkreis 19
DR CDU

kann, sehe ich in Form guter Sprach- und Integrationskurse, sodass sich Asylbewerber bei uns zurecht finden und im Falle einer Duldung oder Anerkennung schnell den Weg in den Arbeitsmarkt finden.



_____ Antwort von Michael Heepen:

Am allerwichtigsten ist es die Landessprache zu sprechen. Sonst ist eine Integration sehr schwierig.

Das bedeutet, dass den Menschen die nach Krefeld kommen Sprachkurse angeboten werden müssen.



Die **PARTEI**



_____ Antwort von Sandra Leurs:

Integration ist hier gefragt, auch eine bessere Betreuung der Flüchtlinge wäre wünschenswert, es gibt schon viele Initiativen in verschiedenen Städten unseres Landes, ich würde da gerne so arbeiten wie Kaarst.

<https://www.facebook.com/downlo.../434007670114076/konzept.pdf>

Auch Krefelder die helfen möchten müssen wir besser einbinden, da gibt es nämlich viele.



 **PIRATEN
PARTEI**



_____ Antwort von Frank Meyer:

Im Rahmen der Flüchtlingskonferenz wird man in Fachgruppen konkrete Arbeitsfelder mit den relevanten Akteuren schneller abstimmen müssen. Dazu gehört eine Initiative zu Aus- und Fortbildung mit den Volkshochschule, Sprachschulen, Jobcenter, aber auch Unternehmern und Industrie und Handelskammer.



SPD



_____ Antwort von Peter Vermeulen:

Die Stadt Krefeld hat das Bildungszentrum der Kreishandwerkerschaft bei der Entwicklung eines Arbeitsmarktprojekts für Flüchtlinge unterstützt, für das Mittel aus dem Bundesprogramm nach der ESF-Integrationsrichtlinie beantragt wurden. Auf diese Weise leistet die Stadt Krefeld schon heute einen aktiven Beitrag zur Qualifikation von Menschen, die ihre Heimat unter schwierigen Rahmenbedingungen verlassen mussten und nach ihrer Rückkehr am Wiederaufbau mitwirken werden. Diese Arbeit werde ich als Oberbürgermeister fortsetzen.



CDU

→ Fragen zum Thema Wohnen

Hintergrund

„Die Zahl der Sozialwohnungen in Krefeld ist im zurückliegenden Jahrzehnt dramatisch gesunken. Darüber gibt ein Bericht der Stadtverwaltung Auskunft. Waren es 2001 noch 17.172 Sozialwohnungen im Stadtgebiet, standen 2012 nur noch 6.593 in der Statistik. Das bedeutet einen Rückgang um mehr als 60 Prozent. Weitere 1.316 Wohnungen befinden sich in der so genannten Nachwirkungsfrist“, so die Rheinische Post vom 19. Juni 2013*). Durchschnittlich muss jede Bedarfsgemeinschaft im SGB II-Bezug 12,82 Euro**) aus dem Regelbedarf zu den Mietkosten dazuzahlen, weil nicht die tatsächlichen Mietkosten durch das Jobcenter übernommen werden. Hinzu kommt, dass der günstige Wohnraum in Krefeld (5,60€/qm) in einem äußerst fragwürdigen qualitativen Zustand ist.

*)<http://www.rp-online.de/nrw/staedte/krefeld/sozialwohnungen-die-millionen-fliesen-aid-1.3477938>

Letzter Aufruf: 22.06.2015 um 16.42 Uhr

**)<https://statistik.arbeitsagentur.de/Statistikdaten/Detail/201502/iiia7/kdu-kdu/kdu-05114-0-201502-pdf.pdf> Letzter Aufruf 22.06.2015 um 16.51 Uhr

Was wollen Sie unternehmen, damit der soziale Wohnungsbau wieder Zuwächse verzeichnet und welche kommunalen Maßnahmen können zur qualitativen Verbesserung von Wohnraum und Wohnumfeld angestoßen werden?



Antwort von Thorsten Hansen:

Die Verbesserung des Wohnumfeldes insbesondere in der Innenstadt ist eine stadtgestalterische Fragestellung, die mir sehr am Herzen liegt. Meine Partei hat dazu immer wieder Vorschläge unterbreitet und Initiativen ergriffen. Den jüngsten Vorstoß, über die nach § 142 BauGB mögliche Festlegung von Sanierungsgebieten, den Problembereich Lindenstraße zwischen Südwall und Breitestraße in den Griff zu bekommen, begrüße ich ausdrücklich. Tatsächlich aber sollten überall dort, wo Gebäude verwaizen und zerfallen und dieser Zustand das gesamte Quartier in Mitleidenschaft zieht, solche Sanierungssatzungen erlassen werden, um die Instandsetzung der Bausubstanz und damit die allgemeine Verbesserung der Wohnqualität im Quartier herbeizuführen. Insbesondere Besitzer von sog. Schrottimmobilen müssen in die Pflicht genommen werden, ihre Häuser zu sanieren bzw. gänzlich zu erneuern.

Was die Qualität vermieteten Wohnraums betrifft, so gibt das seit April 2014 geltende Wohnungsaufsichtsgesetz den Kommunen mehr Möglichkeiten,



gegen Vermieter vorzugehen, die ihre Wohnungen vernachlässigen. Wer Mindeststandards nicht erfüllt, der darf seine Wohnräume auch nicht vermieten. Zu diesen Mindeststandards gehören folgende Forderungen:

Wohnraum muss

- u.a. hell, trocken und beheizbar sein,
- über funktionsfähige sanitäre Anlagen verfügen,
- mindestens 9 Quadratmeter Wohnfläche für jeden Erwachsenen umfassen, für Kinder (bis 6 Jahre) mindestens 6 Quadratmeter.

Ich werde dafür sorgen, dass das Wohnungsamt bei Missständen Instandsetzungen anordnet, wenn der Eigentümer nicht handelt. Wenn Wohnraum nicht die Mindestanforderungen erfüllt oder sogar Gesundheitsgefahren drohen, sollen Immobilien für unbewohnbar und für nicht vermietbar erklärt werden. Der Eigentümer muss dann angemessenen Ersatzwohnraum zur Verfügung stellen. Zur Frage des Angebotes an Sozialwohnungen sehe ich von Seiten der Stadt nur die Möglichkeit, in verstärktem Maße die Wohnstätte als Tochtergesellschaft ins Boot zu holen.



Die **PARTEI**

⬇ ——— ——— ——— ——— ——— Antwort von Michael Heepen:

Grundstücke für die Schaffung Sozialwohnungen bereitstellen.



Antwort von Sandra Leurs:

Zum Beispiel die Wohnstätte einbeziehen, das ist eine Tochter der Stadt und sollte aufgerufen sein, in Zusammenarbeit mit der Krefelder Bau-GmbH, preiswerten Wohnraum zu errichten.

 **PIRATEN
PARTEI**

⬇ ——— ——— ——— ——— ——— Antwort von Frank Meyer:

siehe Antwort 22



⬇ ——— ——— ——— ——— ——— Antwort von Peter Vermeulen:

Der Rückgang der Zahl sogenannter „Sozialwohnungen“ in Krefeld entspricht dem allgemeinen Bundestrend. Der Sozialwohnungsbau hat in der Vergangenheit weniger zur Verbesserung der Wohnsituation Benachteiligter und mehr zur finanziellen Förderung privater Investoren durch öffentliche Gelder beigetragen. Im Übrigen stellt sich die Situation auf dem Mietwohnungsmarkt in Krefeld generell recht entspannt dar, auch und gerade im niederpreisigen Bereich. Auch hier besteht eine große Auswahl an Wohnungen in adäquater Ausstattung. Eventuell vorhandene Angebotsmängel werden durch die Wohnstätte als kommunalem Wohnungsanbieter aufgefangen.



SPD

CDU

21 Hintergrund siehe Frage 20.

Werden Sie städtische Grundstücke für die Schaffung von Sozialwohnungen zur Verfügung stellen?



Antwort von Thorsten Hansen:

Über die Wohnstätte versucht die Stadt Krefeld bewusst Einfluss auf den Wohnungsmarkt zu nehmen. Dies befürworte ich ausdrücklich. Auch wenn die Anzahl der Sozialwohnungen gesunken ist, hat der Krefelder Wohnungsmarkt ein gutes Angebot an günstigem Wohnraum. Der demographische Wandel wird zukünftig eher dazu führen, dass mehr Wohnraum zur Verfügung steht und damit die Mieten eher nicht steigen werden. Sollte sich zukünftig eine Veränderung ergeben, müssen wir über die Wohnstätte aktiv werden.



Antwort von Michael Heepen:

Ja.



Antwort von Sandra Leurs:

Dezentralisierung ist mir da sehr wichtig, dadurch kann eine bessere und schnellere Integration erfolgen. Die Schaffung von Sozialwohnungen muss gefördert werden. Das zur Verfügung stellen von Grundstücken, wäre eine Möglichkeit.



Antwort von Frank Meyer:

siehe Antwort 22



Antwort von Peter Vermeulen:

Die Wohnstätte Krefeld achtet auf ausreichende Kapazitäten, um eventuelle Bedarfe abzudecken, für die auf dem privaten Mietwohnungsmarkt kein ausreichendes Angebot zustande kommt.

22

Hintergrund siehe Frage 20.

Wie wollen Sie realisieren, dass auch sozial Schwächere (z.B. Menschen, die abhängig von Hartz IV oder Grundsicherung sind) vom sozialen Wohnungsbau profitieren?

Antwort von Thorsten Hansen:

Es gibt klare gesetzliche Regelungen, dass Bewohner von Sozialwohnungen, die nicht bedürftig sind, eine Fehlbelegungsabgabe zahlen müssen. Bei Neuvermietungen müssen sozial Schwächere bevorzugt behandelt werden.



Antwort von Michael Heepen:

Sozialwohnungen müssen über das gesamte Stadtgebiet verteilt sein. Auch in „besseren Gegenden“.



Antwort von Sandra Leurs:

Indem der passende Wohnraum errichtet wird und das so schnell wie möglich. Dazu müssen von der Stadt Anreize geschaffen werden.





SPD

☰ ——— ——— ——— ——— Antwort von Frank Meyer zu 20 – 22:

Aufgrund der Mietpreisentwicklung in Krefeld, dem Angebot auf dem Wohnungsmarkt und vor dem Hintergrund der derzeitigen Zinssituation sind zusätzliche Angebote des sozialen Wohnungsbaus in Krefeld nicht besonders Erfolg versprechend. Stattdessen werde ich allerdings sehr darauf drängen, dass die Wohnstätte Krefeld weiter darauf achtet, dass sie in Krefeld ausreichend bezahlbaren, ordentlichen Wohnraum in Krefeld zur Verfügung stellt. Dies ist sozialpolitisch richtig und schafft einen wichtigen Ausgleich im Wohnungsmarkt. Es ist wichtig, dass die Stadt im Rahmen ihrer Möglichkeiten dafür Sorge trägt, dass für alle Bürgerinnen und Bürger, lebenswerter und auch bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht.

☰ ——— ——— ——— ——— Antwort von Peter Vermeulen:

Wir sollten die gegebenen Instrumente nutzen, um die Vermietung durch private Wohnungseigentümer wie auch öffentliche Institutionen zu fördern. Vielfach werden solche Mietverhältnisse auch von Hauseigentümern geschätzt, weil die Zahlung der Miete durch öffentliche Stellen gesichert ist.



CDU

Hintergrund

Die Qualität unseres Wohnumfeldes (Lärm, Weitblick, Natur, Aufenthaltsmöglichkeiten, Luftbelastung, ...) bestimmt unser aller Lebensqualität und wirkt sich in den verschiedensten Bereichen aus. So z. B. bei Kindern in der Lernfähigkeit, in der Kondition, in der Grundeinstellung zum Leben, in den sozialen Umgangsfähigkeiten. Sie entscheidet mit darüber, ob Menschen soziale Kontakte haben oder vereinsamen, ob eine soziale Kontrolle besteht, sowohl bei Kindern als auch bei Menschen im fortgeschrittenen Alter und bei Krankheit.

Für welche Wohngebiete in Krefeld sehen Sie Entwicklungsbedarf, um für die Menschen –insbesondere für die Kinder- eine bessere Lebensqualität zu ermöglichen?

☰ ——— ——— ——— ——— Antwort von Thorsten Hansen:

Es gibt leider einige Stadtteile, wo die Wohnqualität entwicklungsbedürftig ist. Neben Teilen der Innenstadt ist dies für mich der Südbezirk und Uerdingen. Generell möchte ich durch neue Konzepte der Stadtmobilität die Wohnqualität erhöhen. Das Projekt der Sanierung der Philadelphiastrasse bietet sich an, diese neuen Konzepte umzusetzen.

☰ ——— ——— ——— ——— Antwort von Michael Heepen:

Ich selbst lebe an der Gladbacher Str in Lehmheide. Da besteht ganz sicher Handlungsbedarf.



Bündnis 90 Die Grünen



Die PARTEI



⌚ ——— ——— ——— ——— Antwort von Sandra Leurs:

Vor allem die sozialen Brennpunkte werden in meinem Fokus stehen. Insbesondere in einigen Innenstadtgebieten besteht Handlungsbedarf.



⌚ ——— ——— ——— ——— Antwort von Frank Meyer:

Grundsätzlich müssen alle Wohnquartiere eine gute Lebensqualität und für Kinder Freiräume bieten, insbesondere sichere, öffentliche Spielflächen. Gerade in der Innenstadt ist dies nicht immer gegeben. Deshalb muss das Spielplatzsanierungskonzept konsequent weiter umgesetzt und die Verkehrssicherheit ständig überprüft werden. Ein besonderes Augenmerk ist auf die Gestaltung und Attraktivität der Plätze zu richten, die eine hohe Aufenthaltsqualität bieten.



Bei der Entwicklung und Gestaltung von Wohnquartieren werde ich die Bürger- und Anwohnerbeteiligung auf ein neues Niveau heben und deutlich ausbauen. Die Bürgerbeteiligung, z.B. bei Straßenaus- und Umbauten werde ich gegenüber den rechtlichen Vorgaben spürbar ausweiten. So können die betroffenen Bürgerinnen und Bürger guten Einfluss auf die Entwicklung ihres Umfeldes nehmen.

⌚ ——— ——— ——— ——— Antwort von Peter Vermeulen:

Jede Stadt hat schöne Ecken und Stadtteile mit Erneuerungsbedarfen. Die Stadtplanung muss hierauf eingehen. Insbesondere Stadtteile mit wenigen Grünanlagen brauchen Veränderungen. Lärmschutz wird immer wichtiger. Wir müssen darauf achten, dass wir Gewerbegebiete nicht schwächen, indem wir mit Wohnbebauung immer näher heranrücken.

Durch die Wohnstätte werden Wohnungsbestände energetisch saniert und Wohnwerte verbessert. Jede solche Maßnahme ermutigt benachbarte Eigentümer, ebenfalls zu investieren. Wir müssen dafür sorgen, dass sich alle Stadtteile entwickeln können und ihre liebenswerten Eigenarten behalten.

Ein gutes Nachbarschaftsleben ist die wichtigste Grundlage für jede Integration. Ich möchte als Oberbürgermeister eine quartiersbezogene Planungssicht unterstützen und den Blick auf Sozialräume stärken.



24

Hintergrund siehe Frage 23.

Wie stellen Sie sich die Förderung von günstigem Wohnraum in einem guten Umfeld vor?

⌚ ——— ——— ——— ——— Antwort von Thorsten Hansen:

Siehe Antwort zu Frage 21. Über die Wohnstätte versucht die Stadt Krefeld bewusst Einfluss auf den Wohnungsmarkt zu nehmen. Sie schafft günstigen Wohnraum in einem guten Umfeld.





Die **PARTEI**

⌚ ——— ——— ——— ——— Antwort von Michael Heepen:
Bezahlbare Wohnungen, gute Einkaufsmöglichkeiten, erreichbare Schulen, Natur im Umfeld. Das muss für jeden in Krefeld möglich sein. Auch wenn das zur Folge hat, dass wir hinterher die schönste Stadt der Welt sind!



PIRATEN
PARTEI

⌚ ——— ——— ——— ——— Antwort von Sandra Leurs:
Rückfrage: Was verstehen sie unter gutem Umfeld? Meinen sie damit Wohnraum im Grünen oder mitten in der Stadt, gute öffentliche Verkehrsanbindung. Oder vielleicht sogar Wohnflächen an Industriegebieten? Die Nähe von Arbeitsplätzen? Die Wohnstätte und die Krefelder Bau-GmbH sollten dabei mit einbezogen werden, da sie Töchter der Stadt Krefeld sind.



SPD

⌚ ——— ——— ——— ——— Antwort von Frank Meyer:
Neben den Aktivitäten der Wohnstätte müssen wir zur Umfeldverbesserung stärker auf vorhandene Förderprogramme, wie den „Stadtumbau West“, setzen. Aufgabe der Stadt ist es, besser zu beraten und zu koordinieren, so dass wichtige Umfeldverbesserungen, z.B. in den innerstädtischen Wohngebieten, gelingen können. So können auch in günstigeren Wohngebieten bessere Wohnbedingungen geschaffen werden.



CDU

⌚ ——— ——— ——— ——— Antwort von Peter Vermeulen:
Entscheidend ist letztlich, dass private Investoren in Krefeld günstige Rahmenbedingungen vorfinden, unter denen ihnen eine Kapitalanlage als lohnend erscheint. Dies sollte dann in enger Zusammenarbeit mit notwendigen Sozialmaßnahmen geschehen. Dies ist ein fortlaufender Prozess. Der Oberbürgermeister hat hier die Aufgabe des Moderators, der - auch aktiv - den engen Austausch aller Beteiligten fördert.

25 Hintergrund siehe Frage 23.

Welche Möglichkeiten sehen Sie, eine örtliche Ghettoausbildung aufzubrechen oder zu verhindern und wie wollen Sie einer schleichenden Ghettoisierung entgegen wirken?



BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

⌚ ——— ——— ——— ——— Antwort von Thorsten Hansen:
Miteinander reden und miteinander leben sind ganz wichtige Aspekte, einer schleichenden Ghettoisierung entgegenzuwirken. Neben den Bürgervereinen spielen die Landsmännischen Vereine eine wichtige Rolle. Krefeld ist eine Stadt mit einem hohen Migrantenanteil. Ich sehe dies als Chance für unsere Stadt; In der Neusser Straße sieht man, dass Migranten bewusst in ihr Wohnumfeld investieren. Die Stadt muss solche Aktivitäten fördern. Dazu ist es wichtig, dass wir den Anteil der städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund erhöhen. Ich werde deshalb gezielt Aktio-

nen aufsetzen lassen, mit denen wir Migranten über die Ausbildungsmöglichkeiten im öffentlichen Dienst informieren.



Die **PARTEI**



Antwort von Michael Heepen:

Wie gesagt, ich würde Sozialwohnungen auf das gesamte Stadtgebiet verteilen.



Antwort von Sandra Leurs:

Die meines Erachtens nach einzig wirksame Methode einer schleichenden Ghettoisierung entgegen zu wirken, wäre die Verwaltungsseitige Organisation der Zuteilung von Wohnraum für Menschen mit Migrationshindergrund. Aber: Wollen wir das wirklich? Nehmen wir als gutes Gegenbeispiel, Großstädte wie New York, Kapstadt in denen ethnisch orientierte Viertel friedlich koexistieren. Mehr Kontakt zu den örtlichen Bürgervereinen würde auch helfen, die Probleme vor Ort besser zu verstehen.



Antwort von Frank Meyer:

Die Wohnquartiere in Krefeld haben sehr unterschiedliche soziale Strukturen. In manchen Vierteln ist dies problematisch. Dort muss man sich besonders darum kümmern, dass sich das Umfeld positiv entwickelt, gute Bildungseinrichtungen für Kinder und Jugendliche bestehen und es gute Hilfsangebote für Menschen gibt, die Unterstützung brauchen. Es darf keine abgehängten Stadtteile in Krefeld geben.



Antwort von Peter Vermeulen:

Hier ist vor allem die Städtebaupolitik gefragt. Wird sie klug betrieben, verhindert sie, dass sich in wenigen Stadtbezirken der Wohlstand konzentriert, während andere Bezirke eine Ballung sozialer und gesellschaftlicher Probleme verkraften müssen. Gleichwohl darf keine Gleichmacherei betrieben werden. Jedes Quartier hat Eigenarten, die es zu etwas Besonderem machen. Diese Besonderheiten gilt es zu achten und zu pflegen.

Wenn eine Flüchtlingseinrichtung eröffnet oder ein Café für Drogenkranke geschaffen wird, darf dies nicht generell dort geschehen, wo sich ohnehin schon soziale Schwierigkeiten konzentrieren. Ich habe mich als Kirchenvorstandsmitglied der katholischen Kirchengemeinde Herz-Jesu Bockum (heute St. Christophorus) damals dafür stark gemacht, dass die Krefelder Tafel im dortigen Pfarrheim einen Mittagstisch betreibt. Alle Stadtteile sind aufgerufen, ihren Anteil an den „sozialen Lasten“ in unserer Gesellschaft zu tragen.



SPD



CDU

Wie schätzen Sie die Bedeutung von Nachbarschaftstreffs ein? Könnten Sie sich eine Aufwertung zu allgemeinen Stadtteilzentren vorstellen, in denen Veranstaltungen der Bürgerschaft, aber auch Beratungen durch Vereine und Verbände oder durch städtische Ämter, z. B. für Senioren, Behinderte, Familien, für Menschen in Hartz IV-Bezug, Ausländische Mitbürger, ...stattfinden. Wie könnte die personelle Besetzung eines solchen Zentrums aussehen?

⬇ ——— ——— ——— ——— ——— Antwort von Thorsten Hansen:
Nachbarschaftstreffs, wie wir z.B. den von der DRK-Schwesternschaft betriebenen an der Dieselstraße haben, sind ganz offensichtlich beliebte Anlaufstellen, die durchaus in dem von ihnen beschriebenen Sinne aufgewertet werden könnten. Inwieweit hier die Stadt mit der Bereitstellung von Ressourcen weitergehend tätig werden könnte, wird natürlich maßgeblich von der Entwicklung der städtischen Finanzen abhängen. Grundsätzlich bin ich der von Ihnen dargestellten Idee gegenüber sehr aufgeschlossen.

⬇ ——— ——— ——— ——— ——— Antwort von Michael Heepen:
Nachbarschaftstreffs finde ich ganz hervorragend. Die personelle Besetzung hängt meiner Meinung nach von der Größe eines solchen Treffpunktes ab.

⬇ ——— ——— ——— ——— ——— Antwort von Sandra Leurs:
Ich nehme hier mal das Beispiel Uerdingen. Dort soll in Zukunft in der Bücherei Uerdingen, ein Quartierzentrum entstehen, dies soll auch als Nachbarschaftstreff fungieren. Ein Quartierzentrum in dem sich Bürger und Bürgervereine treffen können. Dort sollen auch im Wechsel alle Beratungsstellen der Stadt wie z. B. Senioren und Behindertenberatung in regelmäßigen Abständen Öffnungszeiten vorhalten. Auch eine Entleihung von Büchern über die Mediathek soll wiederbelebt werden.

Personalbesetzung : Natürlich unter Berücksichtigung der einzelnen Veranstaltungen die dort stattfinden können und sollten. Da muss z. B. die Pflegerberaterin der Stadt, ein paar Stunden im Monat in Uerdingen im Quartierbüro verbringen. Wenn es um den Entleihungsbetrieb von Büchern geht, sollte das Personal von der Mediothek bereitgestellt werden.

⬇ ——— ——— ——— ——— ——— Antwort von Frank Meyer:
Vielseitigkeit ist Krefelds Stärke. Diese Vielseitigkeit spiegelt sich besonders in den unterschiedlichen Stadtteilen und Quartieren wider. Deswegen sollten wir die Quartiersentwicklung unterstützen und auch Quartierszentren entwickeln, die den Bürgerinnen und Bürgern zur Begegnung, aber auch zur Beratung und Hilfe zur Verfügung stehen. Diese Entwicklung werde ich an-



schieben. Die bessere Vernetzung und Zusammenarbeit vor Ort schafft auch die Potenziale und Chancen, solche Quartierszentren so aufzustellen, dass sie einen spürbaren Vorteil für die Menschen vor Ort bedeuten.



Antwort von Peter Vermeulen:



Es gibt meines Wissens bereits solche Nachbarschaftstreffe in Krefeld, unter anderem im Südbezirk oder in Linn. Es sind dort Fachkräfte der Sozialverbände, aber auch viele Freiwillige tätig, die unter anderem durch die Ehrenamtsagentur vermittelt wurden.

Als Oberbürgermeister sind mir die zahlreichen Beratungsangebote wichtig, die auch von der Stadtverwaltung für verschiedene, in der Frage genannte Gruppen, vorgehalten werden.

CDU

27

Hintergrund siehe Frage 23.

Wie werden Sie die Quartiere entwickeln und Quartiersmanagement gestalten? Welche Beratungen wollen Sie in den Quartieren anbieten und wie die Beratungsstellen personell aufstocken? Wie stellen Sie die Förderung und optimale Ausschöpfung von Fördermitteln sicher, um auch in Zeiten des Nothaushaltes Stadtentwicklung und soziale Aufgaben weiterzuentwickeln?



Antwort von Thorsten Hansen:



Da das früher eher rein baulich orientierte Quartiersmanagement größtenteils nicht zu den gewünschten Ergebnissen geführt hat, wird heutzutage ein integrativer Ansatz verfolgt, bei dem soziale, kulturelle, wirtschaftliche und stadtplanerische Aspekte zusammenwirken. Ein aus meiner Sicht sehr gutes Beispiel hierfür ist das Engagement rund um die Alte Samtweberei auf der Lewerenzstraße, aber auch das geplante Handlungskonzept für die Uerdinger Innenstadt, beides Prozesse übrigens, in die die ansässige Bevölkerung ausdrücklich mit einbezogen und dadurch auch die Eigenverantwortlichkeit gestärkt wird.

Gerade angesichts der z.B. von Ihnen an anderer Stelle angesprochenen Gefahr der Gethoisierung, des demografischen Wandels und anderer Aspekte mehr halte ich es für unabdingbar, dass der Quartiersgedanke sowohl politisch als auch administrativ etabliert wird und – um auf Ihre Frage zurückzukommen – dadurch auch soziale Betreuung und kulturelle Angebote in den Stadtteilen bzw. Quartieren verankert werden. Dass dies alles auch Geld kostet, liegt auf der Hand, ebenso wie der Umstand, dass die Verteilung städtischer Mittel gerade in Zeiten knapper Kassen nicht in den ge-

wünschten Ausmaßen erfolgen kann. Andererseits zeigt das Beispiel der Samtweberei, dass durchaus auch externe Investoren in solche Prozesse eingebunden werden können. Aufgabe der Stadtspitze ist es, neben der Bereitstellung hinreichender Zuschüsse um solche zu werben.



Die **PARTEI**

⌵ ——— ——— ——— ——— Antwort von Michael Heepen:

Um die Fördermittel optimal auszuschöpfen, muss die Stadt Krefeld dringend enger mit sozialen Trägern zusammenarbeiten und gern auch auf deren Wissen zurückgreifen. Die Stadt Krefeld hat sich in der Vergangenheit da ja nicht unbedingt schlau angestellt.



 **PIRATEN
PARTEI**

⌵ ——— ——— ——— ——— Antwort von Sandra Leurs:

Da wir 2020 einen ausgeglichenen Haushalt erwarten, können die Konzepte des Quartiermanagements bereits erarbeitet werden. Dafür werde ich mich einsetzen. Zusätzlich müssen Mitarbeiter der Stadt gezielt sich nur um das Thema Fördergelder vom Land, Bund und insbesondere der EU kümmern.



 **SPD**

⌵ ——— ——— ——— ——— Antwort von Frank Meyer:

Ein engagiertes Quartiersmanagement ist einer der Schlüssel für eine gute Entwicklung in den Stadtteilen. In der Vergangenheit wurde der Blick in Krefeld zu sehr auf die Innenstadt und auf Steine, statt auf Menschen gerichtet. Diesen Weg möchte ich korrigieren. Jetzt sind auch die Stadtteile dran. Und dazu gehört eine starke Quartiersarbeit.



CDU

⌵ ——— ——— ——— ——— Antwort von Peter Vermeulen:

Unter den Bedingungen der derzeitigen Haushaltslage, die erkennbar auch in den kommenden Jahren andauern wird, wäre das Versprechen einer personellen Aufstockung von Quartiersmanagement- und Beratungsstellen unseriös.

Der Einsatz von Fördermitteln ist für die Umsetzung entwicklungspolitischer Ziele in einer Stadt wie Krefeld unerlässlich. Problematisch ist jedoch, dass Fördermittel fast ausschließlich gewährt werden, wenn die Kommune Eigenmittel einsetzt. Dies ist in Zeiten des Nothaushaltes jedoch schwierig. Als Oberbürgermeister werde ich mich dafür einsetzen, mögliche Förderungen optimal auszuschöpfen. Insbesondere bei den Projekten, die für die Entwicklung der Stadt besondere Bedeutung haben (werden), ist es die Aufgabe des Oberbürgermeisters, Moderator und Initiator zu sein.

→ Fragen zum Thema Soziales

Hintergrund

Menschen ohne festen Wohnsitz sowie die von Drogen abhängigen Menschen sind in der Regel von dem allgemeinen gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen. Sie stören das Stadtbild, erregen Ärger, werden verdrängt, vergessen, leben und sterben oft unter unwürdigen Verhältnissen.

28. Welche Hilfen möchten Sie in Zukunft diesen Menschen durch die Stadt Krefeld anbieten? Werden private Hilfsangebote auch bei „knappen Kassen“ mit Unterstützung der Stadt Krefeld rechnen können?



Antwort von Thorsten Hansen:

Die schon jahrelang weitgehend ergebnislos geführte Diskussion um die Szene auf dem Theaterplatz zeigt, dass sowohl Politik als auch Verwaltung von einem verantwortungsvollen Umgang mit Suchtkranken weit entfernt sind. Aus meiner Sicht ist auf dem Weg zu einer befriedigenden Lösung nicht einmal der erste Schritt gemacht worden. Solange nämlich nicht überzeugt davon ausgegangen wird, dass es sich um ein real existierendes gesellschaftliches Problem handelt, solange in manchen verantwortlichen Köpfen offenbar noch immer die Idee vorherrscht, es nicht etwa über konkrete und angemessene Hilfsangebote, sondern durch Verdrängung oder Ignorieren lösen zu können, solange werden wir nicht weiter kommen. Glücklicherweise fußt der Umgang mit dem Kreis der Betroffenen in unserer Stadt nicht auf derlei irrigen Vorstellungen. Die professionell mit der Betreuung befassten Organisationen und Personen orientieren sich stattdessen an Leitlinien, die übrigens schon im Suchthilfekonzept der Stadt Krefeld verankert sind: Was wir demzufolge brauchen, sind Heilungskonzepte für die Betroffenen, auch aber Strategien zur Sicherung ihres Überlebens. Und weiter: "Suchterkrankungen aller Art werden durch gesellschaftliche Prozesse mitbedingt. Sie können keinesfalls durch die Medizin allein behandelt werden, sondern es bedarf - auch auf kommunaler Ebene - der institutionsübergreifenden Kooperation/Vernetzung der verschiedenen Hilfsangebote in multiprofessionellen Teams. Die Sucht- und Drogenpolitik der Stadt Krefeld mit ihren ca. 235.000 Einwohnern muss mit Augenmaß auch auf die gesellschaftliche Ausgangslage eingehen." Diesen Forderungen will ich in jedem Fall entsprechen und verstärkt dafür eintreten, dass hinreichende Mittel für



Einrichtungen wie das Cafe Pause, die Notschlafstellen usw. zur Verfügung stehen, und dies unabhängig vom jeweiligen Kassenstand.



die **PARTEI**

⤵ ——— ——— ——— ——— Antwort von Michael Heepen:

Geht es hier jetzt um KITAs oder Obdachlose und Drogenabhängige? Aber: Ja. Mit der Unterstützung der Stadt können beide rechnen.

⤵ ——— ——— ——— ——— Antwort von Sandra Leurs:



PIRATEN
PARTEI

Hierzu spreche ich seit einem Jahr mit den Stadtpolitikern im Ausschuss Gesundheit, Senioren und Soziales über einen Drogenkonsumraum, auch ein Antrag meinerseits ist eingegangen, aber er wurde bereits zweimal an die Arbeitsgruppe Theaterplatz verwiesen, und dort abgelehnt. Ist im Nothaushalt nicht zu realisieren. Würde die Summe von 1,3 Millionen Euro verschlingen. Menschen ohne festen Wohnsitz wenden sich hier in Krefeld meist an die Diakonie, die Einrichtung am Klinikum Krefeld ist gut etabliert.

⤵ ——— ——— ——— ——— Antwort von Frank Meyer:



SPD

Ich plädiere für ein Konzept des Helfens und Handelns. Erste Schritte finden sich im jüngsten Haushaltsbeschluss wieder, in dem wir z.B. zusätzlich 10.000 Euro für alternative Aufenthaltsangebote für Suchtkranke bereitgestellt haben. Damit kann z.B. das Cafe Pause seine Öffnungszeiten auch am Wochenende erweitern. Weitere Beispiele finden sich auch in der Antwort zu Frage 15. Als Oberbürgermeister werde ich mich besonders dafür einsetzen, dass die Stadt auf eine gute Zusammenarbeit mit und Unterstützung von karitativen Einrichtungen und Initiativen setzt. So lässt sich gemeinsam viel mehr erreichen – gerade für die Menschen in unserer Stadt, die solche Unterstützung bitter nötig haben.

Die Betonung der sozialen Vorbeugung ist aber nicht nur gut für die Betroffenen, sondern ist auch finanzpolitisch sinnvoll, da die Kosten für die Vorbeugung deutlich geringer ausfallen, als später teure Hilfsmaßnahmen zu finanzieren, wenn es den Menschen noch schlechter geht.

⤵ ——— ——— ——— ——— Antwort von Peter Vermeulen:

Die Zahl der Menschen ohne festen Wohnsitz ist in Krefeld seit vielen Jahren in der Tendenz rückläufig. Das zeigt, dass die im Zusammenwirken von Stadtverwaltung und Sozialverbänden in Angriff genommenen Maßnahmen Wirkung zeigen. Die Arbeit der Caritas muss ich hier besonders hervorheben.

Um Drogenkranke kümmern sich unter anderem Einrichtungen wie das "Café Pause" und zahlreiche weitere private Initiativen. Viele Menschen in Krefeld engagieren sich dort ehrenamtlich, indem sie ihre Zeit bereitstellen, aber auch finanziell Verantwortung tragen.



CDU

Mir ist bewusst, dass auch die Stadt eine Mitverantwortung trägt, die sie auch unter meiner Führung wahrnehmen wird.

Drogensüchtige und Obdachlose sollen darauf vertrauen dürfen, dass wir Angebote zur Hilfe geben und Verständnis zeigen. Umgekehrt habe ich aber kein Verständnis für kriminelle Handlungen aus dieser Szene und dafür, wenn Obdachlose und Drogensüchtige die öffentliche Ordnung stören oder gar öffentliche Ärgernisse erregen. Das muss unterbunden werden – notfalls auch durch einen verstärkten kommunalen Ordnungsdienst.

Hintergrund

Zur Zeit kämpfen die Erzieherinnen der öffentlichen KITAs mit ihrer Gewerkschaft für eine höhere Bewertung ihrer sehr verantwortungsvollen Tätigkeit. Gleichzeitig stöhnen die Städte wie auch die Eltern der KITA-Kinder über die hohen Kosten der Betreuung.

Wie sehen Sie für die Zukunft die Entwicklung der KITA-Beiträge in Krefeld?

29

Antwort von Thorsten Hansen:

Wie Sie wissen, haben die Fraktionen von SPD, CDU und Grünen sich im Zuge der Haushaltsberatungen darauf verständigt, die verwaltungsseitig geplante Erhöhung der KiTa-Gebühren um ein Jahr zu schieben und in der Zwischenzeit ein neues Modell mit Zwischenstufen vor allem auch im oberen Einkommensbereich zu entwickeln. Ziel soll es nämlich gerade nicht sein, Gebührenerhöhungen im unteren und mittleren Einkommensbereich zu erzielen, sondern Besserverdienende in adäquatem Maße zu beteiligen.

Antwort von Michael Heepen:

Die unteren und mittleren Einkommen sollen möglichst wenig belastet werden. Die höheren gerne mehr.

Antwort von Sandra Leurs:

Da sonst keine gerechte Bezahlung der Erzieherinnen möglich ist, mussten die Beiträge erhöht werden. Gleichzeitig muss dafür gesorgt werden, dass die Beträge in Zukunft gerechter gestaffelt werden.

Antwort von Frank Meyer:

Ich bin nicht der Auffassung, dass Kita-Gebühren das richtige Element sind, um den Haushalt zu sanieren. Grundsätzlich müssen wir dahin kommen, dass die Bildungseinrichtung Kita gebührenfrei besucht werden kann. Dies kann aber nicht kommunal entschieden werden.

Aus diesem Grund ist eine Erhöhung der Kita-Gebühren in Krefeld leider nicht zu verhindern gewesen. Ich habe aber engagiert darauf hingewirkt,



dass die Erhöhung deutlich moderater ausfällt, als von der Verwaltung vorgeschlagen. Die Mehrerträge sollen dabei ab 2016 vor allem durch eine Erhöhung für die einkommensstarken Familien erzielt werden. Die gleichmäßige Erhöhung für alle Familien lehne ich ab. Besonders wichtig war, dass die Geschwisterkindregelung, beibehalten wird. Demnach brauchen Familien immer nur für ein Kind Gebühren bezahlen, auch wenn weitere Geschwisterkinder zeitgleich in einer Kita betreut werden. Diese Entlastung ist für kinderreiche Familien besonders wichtig.

 Antwort von Peter Vermeulen:

Die drei größten Fraktionen im Krefelder Stadtrat haben hierzu einen Kompromiss vereinbart, dem ich mich ausdrücklich anschließe.

Hintergrund siehe Frage 29

Sind private Kitas oder Betreuungsmöglichkeiten eine Alternative für Stadt und Eltern?

 Antwort von Thorsten Hansen:

Unabhängig davon, dass ich gegen Privatinitiative auch im Bereich der Kinderbetreuung nicht das Geringste einzuwenden habe, muss der bestehende Bedarf auch weiterhin von den bisherigen Trägern gewährleistet werden können.

 Antwort von Michael Heepen:

Da sehe ich die Gefahr, dass die besserverdienenden ihre Kinder in die privaten KITAs bringen. Persönlich finde ich eine gute Mischung, wie auch beim Wohnraum, besser. Allerdings kann man Eltern nicht verbieten, ihre Kinder da in Obhut zu geben, wo sie es für richtig halten.

 Antwort von Sandra Leurs:

Ja

 Antwort von Frank Meyer:

Ich bekenne mich ganz klar zu der Trägervielfalt und setze auf einen gesunden Mix aus städtischen, konfessionellen und Trägern der freien Wohlfahrtspflege und Elterninitiativen. Privat-kommerzielle Kitas lehne ich entschieden ab. Die gerechte Bildung und Betreuung unserer Kinder ist völlig ungeeignet, um damit Geschäfte zu machen.

 Antwort von Peter Vermeulen:

Es ist bereits im Subsidiaritätsprinzip zugrunde gelegt, dass Eigenverantwortung und private Initiativen immer Vorrang haben vor Aktivitäten der öffentlichen Hand. Städtische Einrichtungen sind daher immer nur die Alternative zu privater Vorsorge, nicht umgekehrt.

→ Fragen zum Thema Energiearmut

Hintergrund


Steigende Energiepreise belasten die privaten Haushalte in Krefeld. Besonders betroffen von dieser Entwicklung sind Haushalte, die auf soziale Transferleistungen angewiesen sind oder im Niedriglohnsektor arbeiten. So arbeitet fast jeder 5. Beschäftigte in Krefeld im Niedriglohnsektor. Auch gehört Krefeld zu den Städten mit dem höchsten Anstieg der privaten Schuldnerquote. Gerade dieser Personenkreis wohnt aber häufig in Wohnungen oder benutzt Elektrogeräte benutzt, die nicht energieeffizient sind. Die Folge: Jahresendabrechnungen der Energieversorger können immer öfter nicht bezahlt werden, Energieliefersperren drohen oder die Energieversorgung wird unterbrochen. Damit Energieliefersperren nicht mehr eintreten, hat z. B. die Stadt Saarbrücken ein „Frühwarnsystem“ zur Verhinderung von Energieliefersperren eingerichtet.


Was wollen Sie tun, damit ein „Frühwarnsystem“ zur Verhinderung von Energieliefersperren so institutionalisiert wird, dass es zu keiner Energieliefersperre mehr in privaten Haushalten in Krefeld kommt?

⌚ ——— ——— ——— Antwort von Thorsten Hansen zu Fragen 31-32: Das auch "Saarbrücker Vier-Punkte-Modell" genannte Frühwarnsystem ist Ergebnis einer Diskussion, die infolge eines tragischen Brandunglücks in Gang kam, dessen eigentlicher Auslöser eine Stromsperre und der daraus resultierende Gebrauch einer Kerze war. Der Vorgang zeigt einmal mehr, dass auch politische Einsicht viel zu oft den Eintritt einfach nicht mehr zu ignorierender Katastrophen voraussetzt. Umso sinnvoller erscheint es, rechtzeitig auf Lösungsmöglichkeiten zurückzugreifen, die bereits praktisch erprobt sind. Dies ist beim "Saarbrücker Modell" der Fall, auch wenn es nur bei den Betroffenen greift, die dem notwendigen Datenabgleich zwischen Energieversorger und Behörde zustimmen. Diese Einwilligung indes dürfte mit Blick auf die Gegenleistung umso leichter fallen, da sie möglich macht, dass bereits im Vorfeld einer drohenden Stromsperre die Behörde vom Versorger informiert und so vorab nach Lösungen (z.B. Darlehen, Teilzahlungen etc.) gesucht werden kann. Dass Abschaltungen nur von montags bis donnerstags vorgenommen werden dürfen, ist ebenfalls ein sinnvoller Baustein des Saarbrücker Modells. Unter dem Strich kann ich mir vorstellen, auf Grundlage dieses beispielhaften Modells in Zusammenarbeit mit den anderen Beteiligten nach einer ähnlichen Lösung für Krefeld zu suchen. Für sehr interessant halte ich übrigens auch das von vielen Sozialverbänden





befürwortete Prepaid-Modell. Dabei kann sich der Kunde seinen Zähler in gewünschter Höhe aufladen lassen und bis zum Verbrauch des Guthabens Strom beziehen. Dadurch wird der Kunde in die Lage versetzt, sein Budget zu steuern und das Risiko zu vermeiden, in die Kostenfalle zu laufen. Studien aus England, wo dieses System "Strom gegen Vorkasse" schon vor längerer Zeit eingeführt wurde, zeigen zudem, dass dadurch auch der Energieverbrauch sinkt.


Antwort von Michael Heepen:
Tolle Leute, diese Saarländer. Da sollten wir sofort anrufen und Fragen, wie das läuft. Ich halte dieses Frühwarnsystem für einen großartigen Weg um allen Parteien viel ärger zu ersparen.


Antwort von Sandra Leurs:
Bei Nachzahlungen von mehr als 10% der gewöhnlichen Abschläge sollten die auf die von der SWK auf die monatlichen Zahlungen der kommenden 12 Monate verteilt werden. Der Kunde sollte die Wahl haben, sie auf einmal oder in größeren Happen zu begleichen, die SWK nicht. Wenn ein Kunde ohnehin insolvent ist - also Pfändungen gegen ihn laufen - muss sich die Nachforderung der SWK da einreihen.


Antwort von Frank Meyer: siehe Frage 33


Antwort von Peter Vermeulen:
Hier ist vor allem die Initiative der Energieversorger gefordert, die ihrerseits ein Interesse daran haben, möglichen Zahlungsschwierigkeiten ihrer Kunden vorzubeugen, falls es zu einem überproportionalen Anstieg des Stromverbrauchs kommt. Im Übrigen muss ich aber darauf verweisen, dass fossile Brennstoffe derzeit so niedrig sind, wie schon lange nicht mehr.


Nicht wenige Anbieter bitten außerdem ihre Vertragspartner um die Angabe von Zwischenzählerständen, um sich einen Eindruck darüber zu verschaffen, ob geleistete monatliche Vorauszahlungen dem zu erwartenden Jahresverbrauch entsprechen. Darüber hinaus verweise ich auf die zahlreichen nützlichen Tipps, die die Beratung der Verbraucherzentrale gerade mit Blick auf Energiekosten beisteuern kann.

Hintergrund

Ein erster Schritt auf dem Weg zu einem kommunalen „Frühwarnsystem“ kann das Modell sein, dass Sperren nur von Montag bis Donnerstag durchgeführt werden dürfen und dass vor einer Sperrung die Verhältnismäßigkeit der Energieliefersperrung nachweislich geprüft wird.

Was wollen Sie tun, dass ein solches Verfahren diskutiert und institutionalisiert wird?



⬇ ——— ——— ——— ——— Antwort von Thorsten Hansen: siehe Frage 31



⬇ ——— ——— ——— ——— Antwort von Michael Heepen:
Das ist ja lächerlich. Die SWK muss verpflichtet werden JEDEM Kunden den für ihn günstigsten Tarif anzubieten.



⬇ ——— ——— ——— ——— Antwort von Sandra Leurs:
Dazu sind sicherlich umfangreiche rechtliche Fragen zu klären, um zu entscheiden, welche Möglichkeiten machbar sind.
Im Übrigen siehe Frage 33.



⬇ ——— ——— ——— ——— Antwort von Frank Meyer: siehe Frage 33



⬇ ——— ——— ——— ——— Antwort von Peter Vermeulen:
Es liegt im Interesse der Versorger, bei der Verhängung von Energieliefer-sperren auf das Kriterium der Verhältnismäßigkeit zu achten. Grund hierfür ist die Liberalisierung des Strommarktes, die insbesondere den Verbrauchern in den Haushalten zugutekommt, indem sie ihnen einen Anbieterwechsel ermöglicht.

Einen Grund für einen institutionalisierten Kommunaleingriff kann ich derzeit nicht erkennen. Ich würde mich aber nicht scheuen, Maßnahmen zu ergreifen, wenn sie hilfreich und nötig sind.

Hintergrund

Menschen, die von sozialen Transferleistungen leben, im Niedriglohnssektor beschäftigt sind oder geringe Renten haben, bekommen nicht automatisch den billigsten SWK-Tarif angeboten, sondern landen häufig in der teureren Grundversorgung.

33 Was wollen Sie tun, dass die stadt-eigene Gesellschaft „SWK“ für Transferleistungsbeziehende, Niedriglöhner und Kleinrentner den günstigsten Tarif vorhält?



⬇ ——— ——— ——— ——— Antwort von Thorsten Hansen:
Ich gehe davon aus, dass diese Frage über den Aufsichtsrat geklärt werden kann.



⬇ ——— ——— ——— ——— Antwort von Michael Heepen:
Klare Ansagen vereinfachen das ganze. Notfalls guck ich nach, ob nicht besser die SWK Sacharbeiter auch von 1€ Jobbern ersetzt werden müssen.



Antwort von Sandra Leurs:

Die Stadt als Gesellschafter kann ihre Tochter dazu verpflichten. Das kann aufgrund eines Ratsbeschlusses in einer Gesellschafterversammlung geschehen, indem der Gesellschaftervertrag in dem Sinne angepasst wird.



Antwort von Frank Meyer zu Fragen 31-33:



Die Stadtwerke Krefeld (SWK) haben eine besondere Verantwortung, dass jedermann einen Zugang zu Energielieferungen erhält. Deshalb finde ich es gut, dass unsere Stadtwerke an dem Modellprojekt „NRW bekämpft Energiearmut“ mitwirken. Dort versucht man mit Verbraucherschützern und Wohlfahrtsorganisationen Stromsperrern vorbeugend zu vermeiden. Das ist der richtige Weg. Energieliefersperren müssen in Krefeld unnötig werden.

Als Oberbürgermeister werde ich darauf achten, dass wir nach Abschluss des Modellprojektes ein ähnliches Vorbeugesystem fortsetzen und die Erfahrungen aus dem Modellprojekt darin einbringen. Das nutzt schließlich den Stadtwerken und den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern.

Das Tarifsystem der SWK sollte meiner Meinung nach selbstverständlich so gestaltet sein, dass natürlich auch Bürgerinnen und Bürger mit geringen Einkommen die Möglichkeit haben, günstige Stromtarife zu nutzen.



Antwort von Peter Vermeulen:



Es gehört in den Bereich der Eigenverantwortung von Konsumenten, den jeweils für sie günstigsten Stromtarif auszuwählen. Einfach zu handhabende Internetportale bieten hierfür beste Voraussetzungen. Nicht ein Mehr an Paternalismus durch die öffentliche Hand, sondern die Stärkung wirtschaftlichen Denkens in der Bevölkerung führen hier zum Ziel. Ebenso liefern die Verbraucherzentralen wichtige Hilfen, damit die Bürgerinnen und Bürger in Krefeld eigenverantwortlich ihr Leben in Krefeld gestalten können.



Sozialbündnis Krefeld

Die gesellschaftliche Situation in Deutschland ist seit einigen Jahren gekennzeichnet von starken sozialen Verwerfungen.

Sie zeigen sich an so unerträglichen Auswüchsen wie:

- Kinderarmut (jedes 4. Kind)
- Lohndumping (20% Niedriglohnsektor)
- Entrechtung Erwerbsloser (Hartz IV)
- Altersarmut
- Arbeiten bis zum Umfallen und Rentenkürzung (Rente mit 67)
- Bildungsnotstand
- Zwei-Klassen-Medizin
- Diskriminierung von Migrantinnen und Migranten

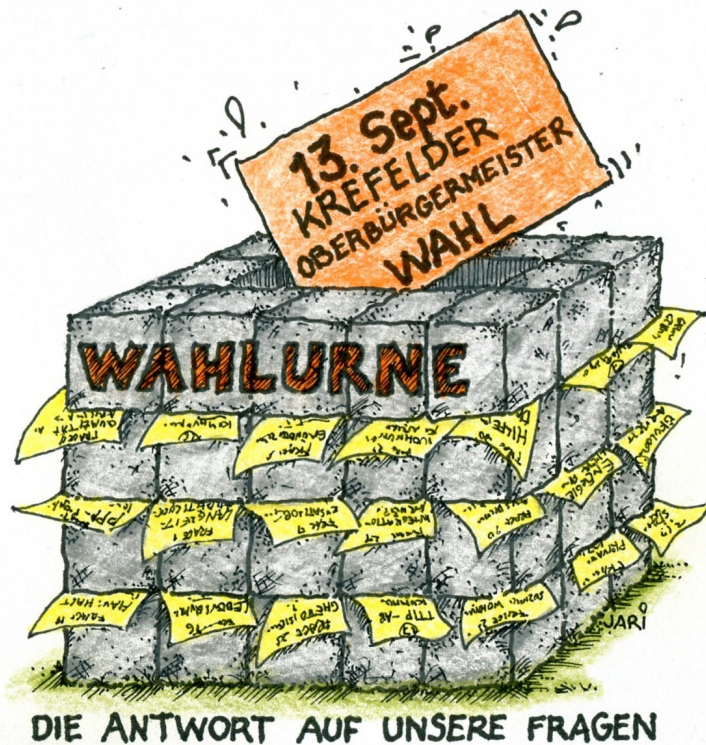
Armut und Reichtum sind zwei Seiten einer Medaille, der Reichtum weniger wird erst möglich durch die Armut vieler. Armut zu beseitigen ist daher eine Frage der Gerechtigkeit. Jedoch nimmt der Staat seine Aufgabe, eine Verteilungsgerechtigkeit herzustellen, schon lange nicht mehr wahr. Vielmehr wird eine Umverteilung von unten nach oben betrieben, entsprechend der neoliberalen Politik. Auch im Krisenjahr 2009 sind die Vermögen der Reichen um 11% gewachsen. Die Absicht, 30 Milliarden € im Sozialhaushalt zu sparen, während die Vermögenden ungeschoren bleiben, wird diese Entwicklung verstärken.

- Dagegen wehren wir uns. Wir verlangen eine Politik,
- die der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet ist
- die einen Schwerpunkt auf die Beseitigung von Armut legt
- die starken Schultern mehr auferlegt als schwachen
- die Bildung und Gesundheit unabhängig von der Einkommenslage garantiert
- die Dumpinglöhne verhindert
- die das solidarische Rentensystem erhält anstatt die Lebensarbeitszeit zu verlängern

Viele Menschen setzen sich seit Jahren mit ihren Organisationen für eine solche Politik ein. Verbessert hat das wenig. Die BündnispartnerInnen des Sozialbündnis Krefeld sind deshalb überzeugt, dass sich die negative Entwicklung der letzten Jahre nur durch eine gemeinsame Gegenwehr aufhalten lässt. Bei aller Unterschiedlichkeit werden wir uns gegenseitig respektieren und den Widerstand gegen soziale Ungerechtigkeit gemeinsam und solidarisch gestalten - gewaltlos, aber konsequent. Aus den unterschiedlichen Problemen und unseren unterschiedlichen Ansätzen ergeben sich verschiedenen Aktionsformen. Wir haben alle ein gemeinsames Ziel, das wir nicht nur mit gemeinsamen Aktionen, sondern auch auf unterschiedlichen Wegen erreichen wollen. Diese Wege sind zum Beispiel die Aktivierung der Betroffenen, entsprechend aufbereitete Informationen, aktive Teilnahme an Infoständen, Demonstrationen und Mahnwachen, wenn erforderlich auch ziviler Ungehorsam.

Wir sind den Werten der Aufklärung und sozialen Gerechtigkeit verpflichtet, das schließt Nazis vom Bündnis aus.

Gemeinsam und solidarisch für ein soziales Krefeld.



Alt-Katholische Kirchengemeinde • Anstoss e.V. • Arbeitskreis Dritte Welt e.V. • attac Krefeld
 • Bündnis90/Die Grünen Kreisverband Krefeld • Bürgerinitiative Rund um St. Josef •
 Cityseelsorge • Crew Seidenstadt-Piraten der Piratenpartei NRW • DIE LINKE. Krefeld • DGB
 Krefeld • DKP Linker Niederrhein • Emmaus Gemeinschaft Krefeld e.V. • Gewerkschaft
 Nahrung-Genuss-Gaststätten Krefeld-Neuss • IG Metall Krefeld • Katholikenrat für die
 Region Krefeld / Meerbusch • Katholische Arbeitnehmerbewegung mittlerer Niederrhein
 • Ökumenisches Arbeitslosenzentrum Krefeld-Meerbusch e.V. • RABE Krefeld •
 Solidaritätshaus Krefeld e.V. • ver.di Bezirk Linker Niederrhein • und Einzelpersonen